

# nachrichten

INFORMATIONEN UND KOMMENTARE  
FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

11

VIII. Jahrgang

Düsseldorf, November 1968

Einzelpreis 0,75 DM

2 S 21 395 E

In der Bundesrepublik hat der Wahlkampf '69 begonnen. Der Parteitag der CDU war ohne Zweifel schon als ein Auftakt gedacht. Tatsächlich war er aber mehr. Er machte gleichzeitig die Gefahr deutlich, die von dieser Partei für den Frieden und für die Demokratie in der Bundesrepublik ausgeht. Wider alle Vernunft und — wie nicht zu übersehen — in der Absicht, zu provozieren, wurde die politische Schau der CDU in West-Berlin abgehalten; allen Warnungen der Regierung in Moskau und Ost-Berlin, daß damit eine gefährliche Krise heraufbeschworen wird, zum Trotz. Und um den militanten Charakter dieser Veranstaltung noch zu unterstreichen, ließ sich der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Kiesinger mit einer US-Militärmaschine nach West-Berlin einfliegen. Doch bei aller Arroganz, welch blamables Bild: Mit Gittern und Stacheldraht und etlichen Hundertschaften der Westberliner Polizei mußte sich der Kongreß, einer belagerten Festung gleich, vor dem Volk schützen lassen.

Bei der nächsten Bundestagswahl, das wurde auf dem Parteitag als Ziel proklamiert, will die CDU wieder die ganze Macht allein erringen. Nichts wäre verhängnisvoller für die politische Zukunft der Bundesrepublik, wenn ihr das gelingen würde, obgleich die Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei an der „Macht“ in einer Koalitionsregierung nicht weniger gefährlich ist.

## Alternative zu Bonner Parteien

der außerparlamentarischen demokratischen Kräfte, die in Dortmund ihren Gründungskongreß abgehalten haben. Hier zeichnet sich eine Gegenkraft ab, die berufen ist, die wirklichen Interessen des Volkes in unserem Lande zu vertreten. Das Aktions- und Wahlbündnis ist ein politischer Zusammenschluß von Menschen aus den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten, von Gewerkschaftsfunktionären und der Jugend, getragen vor allem von den Arbeitern und Angestellten aus den Betrieben. Die politische Grundlage dieses Aktions- und Wahlbündnisses ist die Erkenntnis, daß es in unserem Land notwendig wird, die Demokratie vor ihrer endgültigen Zerstörung zu retten und die Macht der in Staat und Wirtschaft Herrschenden zurückzudrängen. Hier handelt es sich schon nicht mehr allein um das, was unter außerparlamentarischer Opposition verstanden wird, es handelt sich nicht mehr um eine „kleine Minderheit“. Dieses Bündnis kann der Aufbruch werden für eine Bewegung in unserem Volke, um die arbeitenden Menschen, die den Herrschaftsverhältnissen unterworfen sind, von der politischen Bevormundung zu befreien. Eine Bewegung, die die Kraft besitzt, eine

(Fortsetzung auf Seite 2)

Erschreckend hoher Rüstungsset	3
Vor 7. DGB-Beamtentag	4
IG Druck und Papier drängt vorwärts	6
Lohnrückstand der Landarbeiter	8
Angestellte wollen mitbestimmen	10
Negative Bilanz für Arbeitnehmer	12
Kohlenkrise weiter ungelöst	14
Aufschlußreicher Sozialbericht 1968	16
Kirche und Arbeitnehmerfragen	17
Was will die Konvergenztheorie?	20
Spaltung der USA-Gewerkschaftsbünde	23
Arbeiter sind nicht häufiger krank	24

## BETEN FÜR MEHR LOHN?

Zwar gibt die Mitgliederbewegung in den Gewerkschaften hier und da Anlaß zur Sorge. Aber was die Erschließung neuer Mitgliederquellen betrifft, bieten sich ermunternde Beispiele. So will sich der „niedere Klerus“ um Aufnahme in die ÖTV bewerben, und auf dem Gewerkschaftstag Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft in Erbach, wo er eine Begrüßungsrede hielt, ist der ehemalige Bundesinnenminister und jetzige Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hermann Höcherl, der Gewerkschaft als Mitglied beigetreten.

Zugegeben: „etwas außerhalb der Legalität“, denn eine Gewerkschaft ist der demokratische Zusammenschluß von Arbeitnehmern. Aber das ist kein Grund zur Besorgnis. Nur müssen die Mitglieder der GGLF nun darauf achten, daß Höcherl — wenn schon nicht das Grundgesetz — doch wenigstens die Gewerkschaftssatzung „unterm Arm“ trägt.

okulus

# DKP wird politisch aktiv

## Klare Orientierung auf Forderungen der Arbeitnehmer Von der ersten Bundeskonferenz in Offenbach

Überraschend schnell ist den Gründern der organisatorische Aufbau der neu-konstituierten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) gelungen. Auf ihrem 1. Bundeskongreß Ende Oktober in Offenbach konnte der Bundesausschuß durch seinen Sprecher, Kurt Bachmann, feststellen, daß zur Zeit mehr als 9000 Mitglieder registriert sind und 63 Betriebs- sowie 181 Kreis- und Ortsausschüsse gebildet wurden.

Die soziologische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit der mehr als 500 Delegierten, die an diesem Bundeskongreß teilnahmen, gab ein aufschlußreiches Spiegelbild der Mitgliederstruktur der DKP: 407 der Delegierten waren Arbeiter und Angestellte, davon 282 Betriebs- oder Gewerkschaftsfunktionäre, unter ihnen 94 Betriebsratsmitglieder und 68 betriebliche Vertrauensleute. Fast alle, nämlich 85 Prozent der Teilnehmer, sind gewerkschaftlich organisiert und 86 Teilnehmer jünger als 30 Jahre.

In einem „Aufruf an die Arbeiterklasse der Bundesrepublik“ und an alle arbeitenden Menschen in Stadt und Land erklärte die Partei: „Wir sagen den überhollen Besitz- und Machtverhältnissen in unserem Land den Kampf an ... Unser Ziel ist der Sozialismus, eine Gesellschaftsordnung ohne Not und Ausbeutung, ohne Unsicherheit und Angst vor dem morgigen Tag, eine Gesell-

schaftsordnung der demokratischen Mitbestimmung freier und gleichberechtigter Bürger in gegenseitiger Solidarität.“ Nüchtern wird dann aber festgestellt, daß über dieses Ziel nicht die Aufgaben vergessen werden dürfen, die in der Gegenwart gestellt sind. Deshalb wird zu Aktionen aufgerufen

■ für die Ausweitung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften auf allen Ebenen,

■ für die Einführung einer demokratischen Wirtschaftsplanung, die von den Interessen der Bevölkerung und nicht von den großen Privateigentümern ausgeht und ein stetiges wirtschaftliches Wachstum sichert, sowie

■ für die Überführung von Schlüsselindustrien und marktbeherrschenden Unternehmen in öffentliches Eigentum, entsprechend dem Grundsatzprogramm

des Deutschen Gewerkschaftsbundes und auf der Grundlage der Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes.

Außenpolitisch tritt die Partei für die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Europa und die Herstellung gleichberechtigter Beziehungen mit der DDR auf der Grundlage völkerrechtlich-verbindlicher Abkommen ein und fordert die sofortige Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages und die aktive Mitarbeit der Bundesregierung an der Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems.

Die sozialpolitischen Vorstellungen der DKP finden in dem Aufruf ihren Niederschlag mit der Forderung nach sozialer Sicherheit und ständiger Verbesserung der Lebensverhältnisse. Zu diesem Zweck tritt die Partei entschieden ein für eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik, für die konsequente Erhöhung der Arbeitseinkommen und Sozialleistungen auf Kosten der Rüstungsausgaben und Konzernprofite, für die Sicherung der Vollbeschäftigung, Verkürzung der Arbeitszeit, Verlängerung des bezahlten Jahresurlaubs und die Herabsetzung des Rentenalters.

Sie unterstützt ferner die gewerkschaftlichen Forderungen nach Abschluß von Rationalisierungsschutzverträgen und gesetzlicher Verpflichtung zur Aufstellung von Sozialplänen, um die Arbeitnehmer vor den Folgen von Automation und Strukturänderungen zu schützen.

Ohne Illusionen zu wecken, schließt der Aufruf mit der Aussage, daß die Deutsche Kommunistische Partei keine leeren Versprechungen machen wolle. Sie sagt im Gegenteil den Arbeitnehmern sehr deutlich: „Nichts werdet ihr von den herrschenden Kreisen geschenkt bekommen. Alles werdet ihr euch selbst erkämpfen müssen. Aber dort, wo ihr um eure berechtigten Interessen kämpft, werdet ihr uns an eurer Seite finden.“

Die Diskussion auf dem Offenbacher Bundeskongreß ließ deutlich werden, daß Mitglieder und Funktionäre der DKP sich keine Illusionen machen über die Schwierigkeit der politischen Aufgaben, zu deren Lösung sie angetreten sind. Es wurde von der Partei eine kritische und offene Atmosphäre verlangt und gleichzeitig vor Selbsttäuschungen gewarnt. Trotzdem strahlte der Bundeskongreß Selbstbewußtsein aus, und in dem einführenden Referat hieß es, daß der Einfluß der DKP in dem Maße wachsen werde, wie sie es verstehe, schnell und überzeugend auf die brennenden sozialen und politischen Fragen der Gegenwart zu antworten.

(Fortsetzung von Seite 1)

*Politik zu stoppen, die allein den Interessen der Großindustrie dient und ihre sozialen Verpflichtungen gegenüber der arbeitenden Bevölkerung aufs grösste vernachlässigt.*

*Es wird nun darauf ankommen, daß dieses Bündnis so breit gefächert wird wie nur irgend möglich, aber gleichzeitig politisch so fundiert wie erforderlich, um erfolgreich an die Aufgaben herangehen zu können, die in unserer Zeit gestellt sind. Und zu diesen Aufgaben gehört als erstes, die Bundesregierung auf einen Friedenskurs zu zwingen, um endlich in Europa und in unserem eigenen Lande Entspannung und Sicherheit zu verwirklichen. Eine Politik des Friedens ist eine entscheidende Existenzfrage unseres Volkes und die wesentliche Voraussetzung für demokratische Entwicklung und sozialen Fortschritt. Die CDU/CSU-Regierung, die jährlich mehr als 20 Milliarden DM für eine politisch gefährliche und wirtschaftlich ruinöse Rüstungspolitik verschleudert, wird die soziale Sicherheit im Innern nicht verwirklichen können.*

*Nun wird sich niemand der Illusion hingeben, daß durch eine Wahlbeteiligung allein die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik verändert werden können. Darum kann der Wahlkampf kein Selbstzweck sein, und Parlamentssitze sind nichts anderes als politische Hebel, um in enger Zusammenarbeit zwischen Abgeordneten und demokratischen Aktionen außerhalb des Parlaments die Auflösung der überlebten wirtschaftlichen und politischen Machtstrukturen zu erreichen. Das Aktions- und Wahlbündnis wird das Parlament als eine Form demokratischer Kontrolle von unten betrachten, die bei der Monopolstellung der etablierten Parteien in der Bundesrepublik heute nicht mehr vorhanden ist. Dieses „Bündnis für demokratischen Fortschritt“ ist die Alternative zu den etablierten Parteien in der Bundesrepublik, von deren Politik weder demokratischer noch sozialer Fortschritt zu erwarten ist.*

sr

H. S.



# Erschreckend hoher Rüstungsetat

## 40 Prozent des Haushalts für Rüstung und Kriegsfolgen Wirtschaftlich ruinöse und politisch gefährliche Politik

Zur Vertuschung der tatsächlichen erschreckend hohen Rüstungsausgaben hat der Bundesfinanzminister nach alter Übung auch im Etat 1969 die Aufwendungen für militärische Zwecke auf verschiedene Etatpositionen verteilt bzw. versteckt.

Zwar werden erstmalig in den Erläuterungen zum Bundesetat die drei Etatpositionen Bundeswehr, Verteidigungskosten für ausländische Streitkräfte und zivile Verteidigung mit 24,1 Prozent des Bundeshaushaltes zusammenge-rechnet und ein Teil der im Einzelplan erhöhten „Berlinhilfe“ als „Sicherungsmaßnahmen unserer Freiheit nach außen“ hinzugenommen, so daß sich der Prozentsatz auf 27,2 erhöht. Verschwiegen werden aber folgende Summen, die sich noch nicht exakt angeben lassen, weil die Einzelpläne (EPI) noch nicht veröffentlicht sind:

NATO-Beitrag, Militärische Ausbildungshilfe, Hilfe für Süd-Vietnam, EPI 4	ca.	130 Mill. DM
Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz, Akademie für zivile Verteidigung, Bundesluftschutzverband, Bundesgrenzschutz, Beschaffung für Bereitschaftspolizei (Grenzschutz), EPI 6	ca.	500 Mill. DM
Teilsummen für elektron. Datenverarbeitung, Förderung der Luftfahrttechnik und Werftenhilfe, EPI 9	ca.	150 Mill. DM
Ziviler Ersatzdienst, EPI 11	ca.	15 Mill. DM
Strategischer Ersatzdienst, EPI 12	ca.	100 Mill. DM
Sonderforschungsbereiche, Teilsummen für Kernforschung, Weltraum- und Luftfahrtforschung, Finanzierung von Gesellschaften für Flugwissenschaft, EPI 31	ca.	1 000 Mill. DM
<b>zusammen:</b>	ca.	<b>1 895 Mill. DM</b>

Mit diesen Summen erreichen die Ausgaben für die Rüstung bereits 30 Prozent des Bundeshaushaltes. Nun müssen aber noch die Kriegsfolgelasten mit etwa 7 Milliarden DM berücksichtigt werden, die fälschlicherweise im Sozialetat untergebracht sind und die in den Staatshaushalten anderer Länder zum Militärbudget gerechnet werden. Keineswegs zu Unrecht lassen sich aber auch die Aufwendungen für einige Geheimdienste, für Militärpropaganda im Presse- und Informationsdienst dazurechnen, und dann sind 40 Prozent erreicht!

Es ist alsobarer Unsinn, wenn beispielsweise die CSU erklären ließ, die Militärausgaben der Bundesregierung hätten „mit 4,9 Prozent des Bruttosozialproduktes die magische Fünf-Prozent-Grenze unterschritten“, während Großbritannien und Frankreich mit 5,6 und 5,8 Prozent darüber lägen. Bei gleicher Anlage des Rüstungsetats wie in Frankreich und Großbritannien beträgt der Rüstungsaufwand in der Bundesrepublik tatsächlich über 6 Prozent des Bruttosozialproduktes.

Es kommt aber noch etwas Bemerkenswertes dazu: Seit dem Besuch des amerikanischen Verteidigungsministers Clifford in Bonn kann es keinen Zwei-

fel darüber geben, daß die US-Regierung von Bonn die gesamten Devisenausgaben von 3,6 Milliarden DM, die jährlich durch den Aufenthalt amerikanischer Truppen in der Bundesrepublik entstehen, ersetzt haben will. Die USA wollen sich mit den bisherigen Zahlungen nicht mehr zufrieden geben, obwohl die Bundesregierung erhebliche Devisenzuschüsse an Amerika geleistet hat. Mit dem Ankauf von 500 Millionen Mark mittelfristiger Schuldverschreibungen des US-Schatzamtess Anfang Oktober besitzt die Bundesbank nun schon für 3 Milliarden DM der-

artige Wertpapiere. In gleicher Weise wurde auch die Hälfte der 3 Milliarden DM angelegt, die die Bundesregierung auf das sogenannte Rüstungskonto, das sie in den USA unterhält, eingezahlt hat.

Schließlich aber hat die Bundesregierung die Ereignisse in der CSSR zum Anlaß genommen, über die im Haushalt 1969 fixierte Summe hinaus eine weitere Steigerung der Rüstungsaufwendungen — man spricht von einer Milliarde — vorzunehmen. Das bedeutet nicht nur weitere unerhörte Belastungen der arbeitenden Bevölkerung, sondern gleichzeitig eine gefährliche Zuspitzung der außenpolitischen Lage in Mitteleuropa.

Die wirtschaftlich ruinöse und politisch gefährliche Rüstungspolitik verrät die expansiven außenpolitischen Absichten der Bundesregierung. Anstatt den Rüstungsetat in erschreckender Weise auszuweiten, muß die Bundesregierung gezwungen werden, ihre Politik auf ein kollektives Sicherheitssystem in Europa auszurichten und die nach 1945 entstandenen politischen und geographischen Realitäten anzuerkennen. Das allein kann der Auflösung der beiden Militärblöcke in Europa dienen und den Frieden sichern.

— eg —

## DFU-Programm

Die Deutsche Friedens-Union verabschiedete in Hanau auf ihrem außerordentlichen Unionstag, an dem 172 Delegierte teilgenommen haben, bei zwei Stimmthalungen ein neues Grundsatzprogramm. Außerdem hat die Konferenz in einer Entschließung den Aufruf zur Gründung eines Aktionsbündnisses zur Bundestagswahl 1969 unterstützt und weiter die Bundesregierung aufgefordert, von der beabsichtigten Erhöhung des Rüstungsetats um drei Milliarden DM abzusehen und den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen.

In dem neuen Programm der DFU wird festgestellt, daß die Kernfrage der westdeutschen Außenpolitik die völkerrechtliche Anerkennung der DDR bleibt und die europäische Sicherheit von der Bundesregierung erfordere, auf jede Art von Mitbesitz, Mitverfügung und Produktion atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen zu verzichten sowie sich um die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Europa zu bemühen.

Zur innenpolitischen Situation heißt es in dem Programm, daß die alarmierende innenpolitische Entwicklung vor allem ökonomische Ursachen habe. In der Bundesrepublik vollziehe sich eine beispiellose wirtschaftliche Machtkonzentration, die dazu führe, daß die entscheidenden Produktionsmittel immer mehr in die Hände einer ständig kleiner werdenden Zahl von Großunternehmen geraten. Darum sei die Hauptaufgabe eine „durchgreifende Demokratisierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft“ in der Bundesrepublik.

„Die Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten in der Wirtschaft ist in der Bundesrepublik gerade wegen des hohen industriellen Konzentrationsgrades zur Grundvoraussetzung einer funktionierenden Demokratie geworden“, so heißt es wörtlich in dem DFU-Programm. Mitbestimmung aber müsse dazu führen, daß die Arbeitnehmer gleichberechtigt an der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und an der Verteilung des Sozialproduktes beteiligt werden. Mit dieser Feststellung unterstützt das DFU-Programm voll die Vorstellungen der Gewerkschaften, wie auch im sozialpolitischen Teil die gewerkschaftlichen Forderungen uneingeschränkt unterstützt werden.

Das Grundsatzprogramm der DFU ist auf Grund eingehender und langer Diskussionen mit den Mitgliedern entstanden. Es läßt deutlich werden, daß die DFU die Zeichen unserer Zeit durchaus verstanden hat und über ein allgemeines Bekenntnis zur Abrüstung und zum Frieden hinaus sich um ein klares politisches Profil bemüht.

sr



## Weiter Rechtsdrall

Die Kommunalwahlen in einigen Bundesländern haben nochmals unterstrichen: Die Rechtsentwicklung in der bundesdeutschen Politik bleibt konstant. Als Konsequenz der Politik der Großen Koalition hat die Sozialdemokratische Partei erhebliche Stimmen- und Mandatsverluste hinnehmen müssen, während die CDU ihre Position weiter festigen konnte. Zur eigenen Beruhigung und zur Einschläferung der Wachsamkeit der demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik wird die Tatsache, daß die NPD bei den Kommunalwahlen nicht den gleichen Erfolg hatte wie bei den Landtagswahlen, von der Bundesregierung und den etablierten Parteien als Wahlniederlage hingestellt. Nichts aber ist gefährlicher, als sich damit beruhigen zu lassen. Mit Recht hat der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Ludwig Rosenberg, darauf hingewiesen, daß auch 5 Prozent NPD-Stimmen zuviel und die antidemokratische Hetze in Zeitungen und Versammlungen mehr als zuviel sei.

Die Gewerkschaften werden weiterhin ihren Kampf gegen die neonazistische NPD fortsetzen. So hat der DGB einen Ausschuß gegen Rechtsradikalismus gegründet mit dem Ziel, die Abwehrmaßnahmen der Gewerkschaften zu koordinieren. Bundesjustizminister Heinemann kündigte anlässlich der Gründung dieses Ausschusses an, sein Ministerium werde noch bis zum Jahresende der Bundesregierung die erforderlichen Unterlagen zuleiten, um ein Verbot der NPD zu erwirken. Die Gewerkschaften wären aber gut beraten, wenn sie sich darauf nicht verlassen würden.

Der intensive Widerstand, den die Bundesregierung und die CDU/CSU gegen den Verbotsantrag des Berliner Senats bei den Stadtkommandanten entfaltet haben, zeigt, daß ein ernsthafter Wille zum Verbot bzw. zur Auflösung der NPD bei der Bundesregierung nicht vorhanden ist. Nach einer Veröffentlichung der Westberliner Zeitschrift „Berliner Extradienst“ ist der Selbstauflösungsbeschuß der Westberliner NPD im Einvernehmen mit dem Landesverfassungsschutzamt vorbereitet worden, um einem Verbot zuvorzukommen, das die Bundesregierung gezwungen hätte, auch in der Bundesrepublik einen Verbotsantrag zu stellen.

Es gibt keinen Zweifel: Der Vormarsch des Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik ist allein durch die Aktivität und Wachsamkeit der Gewerkschaften und der demokratischen Organisationen zu stoppen.

—hs—

## Vor dem 7. Deutschen Beamtentag

DGB erörtert seine beamtenpolitische Konzeption

Besoldung, Mitbestimmung und Streikrecht im Mittelpunkt

Der 7. Deutsche Beamtentag des DGB, der am 28. und 29. November 1968 in Bremen stattfindet, wird für eine Reihe von wichtigen Problemen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst richtungsweisende Lösungsmöglichkeiten aufzeigen müssen. Die Kongresse der DGB-Gewerkschaften, in denen Beamte organisiert sind (ÖTV, Deutsche Postgewerkschaft, Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands, Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft), sind vorbei. Die über 600 000 Beamten, die in den genannten Gewerkschaften Mitglieder sind, werden nunmehr auf dem Beamtentag ihre speziellen Fragen erörtern.

Die zunehmende Übernahme ökonomischer Funktionen durch den Staat im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik bringt es mit sich, daß sich die Zahl der im öffentlichen Dienst tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter sprunghaft vermehrt. Nach der neuesten Statistik, entnommen dem Bundesanzeiger Nr. 72 vom 11. 4. 1968, waren am Stichtag 20. Oktober 1967 beim Bund, den Ländern und den Gemeinden 2,96 Millionen Arbeitnehmer einschließlich der Beamten und Richter beschäftigt. Zählt man die Angehörigen der Bundeswehr und die Arbeitnehmer der Staatsbetriebe mit eigener Rechtspersonalität hinzu, so sind es rund 4 Millionen Bundesbürger oder fast 20 Prozent aller Werktätigen der Bundesrepublik, die in einem staatlichen Dienst- oder Arbeitsverhältnis stehen.

Diesem nicht unerheblichen Teil der berufstätigen Bevölkerung klar zu machen, daß er überwiegend in der gleichen lohnabhängigen Lage ist, wie die Arbeiter und damit einen Teil der Arbeiterklasse darstellt, ist ein schwieriges, aber nicht unlösbares Problem. Angesichts der eindeutigen Zahlenverhältnisse ist die Bewältigung dieser Aufgabe von weitreichender Bedeutung für den erfolgreichen Kampf aller Arbeitnehmer.

Außer den über 600 000 Beamten, die im DGB organisiert sind, werden fast alle übrigen der insgesamt 1,3 Millionen Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten von den Organisationen des Deutschen Beamtensbundes, des „Christlichen Gewerkschaftsbundes“, des Bayerischen Beamtensbundes, der Gewerkschaft der Polizei und anderer Vereinigungen erfaßt. Was die Organisiertheit der Beamten angeht, so kann von einer fast hundertprozentigen Mitgliedschaft in Gewerkschaften bzw. Ständesorganisationen gesprochen werden. Von der Stärke der Mitgliedschaft her sind der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Beamtensbund die einzigen „Spitzenorganisationen“ im Sinne des § 94 Bundesbeamtengesetz, die bei der Vorbereitung allgemeiner Regelungen beamtenpolitischer Art zu beteiligen sind. Die zahlenmäßig starke Gewerkschaft der Polizei, die weder dem DGB noch dem Beamtensbund angehört, muß

aus diesem Grunde bei vielen Verhandlungen abseits stehen.

Als Grundlage für die gewerkschaftliche Arbeit unter den Beamten dient das „Dritte Beamtenpolitische Programm“, das der DGB auf dem 7. ordentlichen Bundeskongreß im Mai 1966 verabschiedet hat. Die in diesem Programm enthaltenen Forderungen, wie größere Beteiligungsrechte der Beamtenorganisationen, ein zeitgemäßes Beamtenrecht, Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge an die Einkommensentwicklung und die Umwandlung des überholten Disziplinarrechts in ein modernes Dienstordnungsrecht lagen den im vergangenen Monat durchgeführten Landesbezirks-Beamtentagen vor.

Im Mittelpunkt der Beratungen des Deutschen Beamtentages werden die Besoldungsreform und der Entwurf eines novellierten Personalvertretungsgesetzes stehen. Außerdem rückt die Frage des Streikrechts für Beamte immer mehr in den Vordergrund.

Nach einer Vereinbarung zwischen dem DGB und dem Bundesinnenministerium vom Januar 1967 soll noch in dieser Legislaturperiode des Bundestages die Besoldungsreform, die u. a. eine strukturelle Verbesserung der Einkommenslage der Beamten des einfachen und mittleren Dienstes beinhalten soll, verabschiedet werden. Bekanntlich kam der Bundestag im Juni in Zeitschwierigkeiten, da ja unbedingt die Notstandsverfassung durchgepeitscht werden mußte und für die Inkraftsetzung der zweiten Stufe der Reform des 2. Besoldungs-Neuregelungsgesetzes keine Zeit mehr übrig blieb. Stattdessen (s. NA 7/68) wurde das 4. Besoldungsänderungsgesetz beschlossen, das im Jahresdurchschnitt den Beamten eine Erhöhung der Bezüge um nur 2 Prozent zubilligte.

Inzwischen liegt der neue Entwurf eines 2. BesNG vor, der Ende Oktober mit den Spitzenorganisationen beraten wurde. Würde die damit verbundene Besoldungstabelle gültig werden, würde z. B. ein Beamter des einfachen Dienstes in der Endstufe (A 1) nur 12 DM, ein Beamter des höheren Dienstes (A 16) jedoch über 160 DM mehr im Monat beziehen. Die Neufassung geht davon aus, daß der Arti-



kel 75 des Grundgesetzes geändert wird. Damit könnte durch eine bundeseinheitliche Reglementierung kein Bundesland mehr der Vorreiter in Besoldungsfragen sein. Diese Änderung der Verfassung muß vom DGB und seinen Gewerkschaften mit allen Mitteln verhindert werden!

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat nach Beratung mit der Besoldungskommission der OTV zunächst folgenden Grundsatzbeschuß zu dem Gesetzesentwurf gefaßt:

1. Dem Entwurf, der bei den Endgrundgehalten Strukturverbesserungen bringt, die sich überwiegend zugunsten höherer Besoldungsgruppen positiv auswirken, kann nur zugestimmt werden, wenn weitere strukturelle Maßnahmen zugunsten unterer Besoldungsgruppen vorgenommen werden.

2. Als weitere Strukturmaßnahmen schlägt der DGB vor: a) Wegfall der Ortsklasse A, b) Wegfall der Tarifklasse III, c) Höhergruppierungen der Laufbahnen des einfachen Dienstes, für die der Entwurf eine Amtszulage vorsieht.

3. Der DGB wird außerdem die in seiner offiziellen Stellungnahme vom 9. 4. 1968 zum damaligen Entwurf eines 2. BesNG enthaltenen Forderungen — soweit sie nicht erfüllt sind — wiederholen.

4. Der DGB besteht entschieden darauf, daß die zweite Stufe der Besoldungsreform am 1. Januar 1969 wirksam wird.

Durch die Veröffentlichung der Vorschläge für ein verbessertes Personalvertretungsgesetz trägt der DGB dazu bei, den Fragen einer erweiterten Mitbestimmung auch im öffentlichen Dienst größere Aufmerksamkeit zu schenken. Außer einem verbesserten PersVG gehört die Erweiterung der Beteiligungsrechte der Spitzenorganisationen und bei den Verkehrsverwaltungen Bahn und Post die veränderte Zusammensetzung der Verwaltungsräte zu dem Komplex Mitbestimmung.

Die Aufnahme des Streikrechts in die Satzung der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ist von den Gegnern des gesellschaftlichen Fortschritts — wie könnte es auch anders sein — sehr kritisch beurteilt worden. Die damit verbundene Prüfung der rechtlichen Voraussetzungen und Bedingungen, unter denen Lehrer, die zum überwiegenden Teil Beamte sind, streiken können, steht noch aus. Vielen Beamten unbekannt, gibt es nirgendwo in den Gesetzen ein fixiertes Streikverbot für Beamte. Vielmehr gibt es z. B. ein juristisch untermauertes Gutachten eines Hamburger Staatsrates, der das Streikrecht für in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehenden Beamten ausdrücklich gutheißt.

In einer Entschließung des 7. Beamten-tages des DGB-Landesbezirks Nord-

mark, die einstimmig im Namen von über 57 000 Beamten beschlossen wurde, wird der DGB-Bundesvorstand aufgefordert, eingehend zu prüfen, ob der Beamtenschaft Kampfrechte, insbesondere das Streikrecht, zugestanden werden können. In einem weiteren ebenfalls einstimmig beschlossenen Antrag wird entsprechend einer Anregung Waldemar Reuters, des Leiters der Abteilung Beamte beim Bundesvorstand, gefordert, das Beamtenrecht in ein Statusrecht und in ein Folgerecht einzuteilen. Für das Folgerecht, d. h. Fragen der Versorgung, der Besoldung, des Urlaubs usw., könnte das Arbeitskampfrecht einschließlich des Streikrechts mit gewissen Einschränkungen für die Beamten genutzt werden.

Diese beiden Anträge eines Landesbezirks zum Streikrecht sind sicher nicht die einzigen dieser Art, die den Delegierten des 7. Deutschen Beamten-tages des DGB in Bremen vorliegen. Eine große Zahl anderer Anträge und Entschließungen befaßt sich mit Besoldungs- und Mitbestimmungsfragen. Außerdem werden kürzere Arbeitszeit, längerer Urlaub, ein verbessertes Laufbahnrecht und die Regelung gewerkschaftsinterner Probleme gefordert.

U. S.

### Max Reimann 70 Jahre alt

Der Vorsitzende der verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands, Max Reimann, beging am 31. Oktober 1968 seinen 70. Geburtstag. Als Erster Sekretär des Zentralkomitees der KPD hat er sich in allen entscheidenden politischen Fragen für die Schaffung normaler Verhältnisse zwischen den beiden deutschen Teilstaaten sowie für eine demokratische Umgestaltung in der Bundesrepublik mit dem Ziel eines realen Mitbestimmungsrechtes der Werktätigen in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eingesetzt.

Wegen seines politischen Engagements wurde er von der Justiz der Bundesrepublik verfolgt, und bis in die jüngsten Tage drohte ihm die Verhaftung wegen „Verdacht der Vorbereitung zum Hochverrat“. Der Haftbefehl wurde im Oktober vom Bundesgerichtshof aufgehoben.

### Neuer Bundesjugendsekretär des DGB

Der DGB-Bundesvorstand hat auf Vorschlag des Bundesjugendausschusses den 27jährigen Walter Haas aus Solingen zum neuen Bundesjugendsekretär des DGB berufen. Haas war zuletzt Betriebsrat in Solingen. Er übernimmt sein Amt von Helmut Neukirch, der zum Vorsitzenden des DGB-Kreises Dortmund gewählt wurde.

## Hilfe für Vietnam

Im Frühjahr dieses Jahres gab es in der Bundesrepublik eine Welle großer Aktionen gegen die US-Aggression in Vietnam; die dann in den folgenden Monaten alle Kräfte der Außerparlamentarischen Opposition erfordernde Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze hat das Problem Vietnam in den Hintergrund treten lassen. Die Aufnahme von Friedensverhandlungen zwischen den USA und Vertretern Nordvietnams in Paris hat außerdem die trügerische Hoffnung geweckt, als sei es nun in Vietnam nicht mehr so schlimm. Was aber die gefilterten und knappen Meldungen der bundesdeutschen Presse, des Rundfunks und des Fernsehens kaum noch erkennen lassen, ist eine bittere Tatsache: In Vietnam toben die Kämpfe härter denn je.

Die Verhandlungen in Paris lassen erkennen, daß die US-Regierung diese Konferenz offensichtlich dazu benutzt, die Weltöffentlichkeit von der ständigen Eskalation ihrer Aggression abzulenken. Es besteht die Gefahr, daß nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen der Krieg gegen das vietnamesische Volk noch brutaler geführt werden wird als bisher, denn es besteht nur wenig Hoffnung, daß sich in den Vereinigten Staaten die Kräfte durchsetzen werden, die eine Beendigung des Vietnamkrieges erzwingen wollen. Es ist deshalb notwendig, daß der Protest gegen den grausamen Krieg der USA in Vietnam wieder laut und deutlich wird.

Die Kampagne für Demokratie und Abrüstung will zusammen mit der Außerparlamentarischen Opposition in den nächsten Wochen eine neue Welle von Aktionen für die Beendigung des Vietnamkrieges auslösen. Es kann aber nicht nur Angelegenheit von Institutionen und Organisationen bleiben, die Beendigung des Krieges und den Frieden für das vietnamesische Volk zu fordern. Vielmehr ist jeder einzelne — und das sollte besonders die Gewerkschafter angehen — aufgerufen, seinen Protest deutlich zu machen und die Aktionen der Kampagne für Demokratie und Abrüstung zu unterstützen.

Ohne Zweifel hat der zähe Kampf der Vietnamesen und haben die Solidaritäts- und Protestaktionen in aller Welt die Johnson-Regierung zu ersten Zugeständnissen in Form des Bombenstopps auf Nordvietnam gezwungen. Aber der Zeitpunkt, an dem die USA diesen Rückzug machten — unmittelbar vor der Präsidentschaftswahl — wirkt zugleich auch das Zielrecht eines politischen Schachzuges mit Hintergedanken auf den Bombenstopp. Es besteht die reale Gefahr, daß die Bombardierungen wieder aufgenommen werden, wenn nicht die friedliebenden Kräfte in der ganzen Welt ihre Aktivität gegen den Vietnamkrieg verstärken. Dazu gilt es auch in der Bundesrepublik den notwendigen Beitrag zu leisten.

Sg.



# IG Druck und Papier drängt vorwärts

## Für konsequente und unabhängige Gewerkschaftspolitik Vom 8. ordentlichen Gewerkschaftstag in Koblenz

Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier, der vom 20. bis 26. Oktober 1968 in Koblenz durchgeführt wurde, war ohne Zweifel ein Höhepunkt in der Vielzahl gewerkschaftlicher Veranstaltungen und Kongresse dieses Jahres. Die IG Druck und Papier ist mit über 140 000 Mitgliedern, die von 256 Delegierten vertreten wurden, keine „große“ DGB-Gewerkschaft. Ihr Wirkungsfeld, die graphische und papierverarbeitende Industrie, verleiht ihr jedoch ein besonderes Gewicht in Wirtschaft und Gesellschaft. Größte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit wurde gerade diesem Gewerkschaftstag wegen der vielen politisch brisanten Themen zuteil, die er auf die Tagesordnung gesetzt hatte.

Der Gewerkschaftstag, der vom Hauptvorstand als Kongreß der „heißen Eisen“ angekündigt worden war, ist dieser Bezeichnung gerecht geworden. Er hat sich mit allem Nachdruck gegen die offenen und versteckten Versuche gewandt, seinen Kurs den Wünschen der Großen Koalition anzupassen und hat zugleich klare Alternativvorschläge in vielen Fragen unterbreitet. So ist festzustellen, daß dieser 8. Gewerkschaftstag neue gewerkschaftspolitische Akzente setzte, die man in Bonn als Ausdruck des wachsenden Unwillens der Arbeitnehmer zur Kenntnis nehmen muß, die aber gleichfalls als Beitrag für die innergewerkschaftliche Diskussion zur Vorbereitung des kommenden DGB-Kongresses anzusehen sind.

Der amtierende Vorsitzende Werner Schmidt sprach gleich zu Beginn des Gewerkschaftstages von der Enttäuschung, die unter den Gewerkschaftsmitgliedern das Bündnis der SPD mit einer Partei hervorgerufen habe, deren gesellschaftspolitisches Konzept arbeitnehmerfeindlich und auf die Interessen der Unternehmer ausgerichtet sei. Schmidt spielte aber zugleich dem anwesenden Bundeswirtschaftsminister Prof. Schiller einen Ball zu, indem er ihn zu dem „Mut“ beglückwünschte, „zum ersten Mal in der deutschen Wirtschaftsgeschichte auch die Gewerkschaften auf dem Wege über die konzertierte Aktion zum Mithandelnden und Mitberatenden am Wirtschaftsgeschehen zu machen.“

Schiller fing diesen Ball dankbar auf und versuchte sogleich, neue Freunde für seine Konzeption zu werben. Er bezeichnete die konzertierte Aktion als eine Chance der Gewerkschaften, „die Vorformung der Wirtschafts- und Finanzpolitik unseres Staates zu beeinflussen“. Aber im Unterschied zu vorangegangenen Gewerkschaftstagen dieses Jahres, wo ähnliche Redensarten mit Beifall quittiert wurden, ertönte Schiller in Koblenz Zwischenrufe, die auf die soziale Asymmetrie seiner Politik aufmerksam machten und die Verabschiedung der Notstandsgesetze kritisierten. Die Delegierten bewerteten in der Diskussion sehr negativ, daß der Minister kein einziges Wort zu den Mitbestimmungsforderungen der Gewerkschaften gesagt hatte.

Peter Baumöller, Düsseldorf, bezeichnete Schillers These von der gewerkschaftlichen Einflußnahme als „kühne Behauptung“, die in der Wirklichkeit keine Bestätigung finde. Er wandte sich auch gegen die Ansicht Werner Schmidts, Veränderungen der politischen Strukturen könnten nur über Parlament und Regierung erfolgen, und betonte: Nur durch eine aktive Politik der Gewerkschaften, „die die Menschen unten für eine neue Politik mobilisieren“ und die sich mit der Außenparlamentarischen Opposition und anderen Kräften verbünden müßten, könnten die erforderlichen Veränderungen herbeigeführt werden.

Auch der Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier, Willi Baumann, wandte sich gegen die konzertierte Aktion, die er als Konzert charakterisierte, in dem die Arbeitgeberseite bisher gespielt und die Arbeitnehmerseite getanzt habe. Werner Mock, Betriebsrat aus Oldenburg, verglich die konzertierten Gespräche mit seinen Verhandlungen als Betriebsrat. Selbstverständlich sei dort der Unternehmer bereit, zuzuhören, was ihm der Betriebsrat vortrage. Aber im entscheidenden Moment mache er doch, was er wolle.

In seinem Schlußwort faßte der neugewählte Vorsitzende, Leonhard Mahlein, die Vorstellungen des Kongresses dahingehend zusammen, daß sich die Gewerkschaftspolitik weder durch Lohnleitlinien noch durch Orientierungsdaten festlegen lassen dürfe. Tarifpolitik sei letztlich eine wirtschaftspolitische Machtfrage und keine Sachfrage. Mahlein warnte ebenfalls vor der Partnerschaftslegende. Wer sich Partnerschaft als Mitbestimmungseratz verkaufen lasse, werde bald erkennen, daß er der Geprüllte sei.

Anderere Punkte der Kritik an der Großen Koalition waren die Notstandsgesetzgebung, die Hintertreibung der Mitbestimmung, der Entwurf eines Presserahmengesetzes und die Duldung der antidemokratischen rechtsradikalen Umtriebe.

Die Delegierten verabschiedeten eine Satzungsänderung, in der sie den Hauptvorstand ermächtigen, den politischen Streik gegen verfassungswidrige Bestrebungen zu proklamieren;

sie regten die Einsetzung eines Verfassungsrechtsausschusses an, der die Gefahr einer mißbräuchlichen Anwendung des Notstandsgesetzes prüfen soll, und übten gleichfalls an der inkonsequenten Haltung des DGB bei der Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung Kritik.

Der Hauptvorstand legte den Entwurf für ein Bundes-Presserahmengesetz vor. Dieser von den Delegierten gebilligte Entwurf nimmt in sieben Paragraphen zur öffentlichen Aufgabe der Presse, zur Wirtschaftsfreiheit, zur inneren Pressefreiheit und anderen Fragen Stellung. Er fordert, daß Verlagsunternehmen, die einen Marktanteil von 40 Prozent besitzen, nicht weiter expandieren dürfen. Der Entwurf formuliert ebenfalls Mitbestimmungsrechte für die Redakteure.

Bezüglich der Mitbestimmungsforderungen stellte sich der Gewerkschaftstag voll und ganz hinter die Initiativen des DGB nach Erweiterung der qualifizierten Mitbestimmung und einer Reform des Betriebsverfassungsgesetzes.

Der Gewerkschaftstag forderte das Verbot der NPD und verurteilte die verfassungswidrige Bespitzelung demokratischer Aktivitäten durch die Politische Polizei.

Bedeutsam ist auch der Beschluß, der sich für eine direkte Unterstützung des Ostermarsches ausspricht. In der Begründung zu diesem Antrag, der vom Jugendausschuß eingereicht wurde, sagte Willi Baumann: Die Verteufelung der Ostermarschierer sei ein Relikt aus der Zeit des kalten Krieges. Die Gewerkschaften hätten Anlaß genug, sich für den Frieden zu engagieren, denn es gebe genug Krisenherde und Kriege auf der Welt.

Mit großer Mehrheit beschlossen die Delegierten, sich für die Aufhebung des KPD-Verbots einzusetzen. Diese Forderung sei durch die Gründung der DKP nicht überflüssig geworden. Sie nahmen mit Beifall ein Grußtelegramm des Bundesausschusses der DKP zur Kenntnis, der den Gewerkschaften die Unterstützung der DKP im Kampf um sozialen und demokratischen Fortschritt zusicherte.

Zu den Höhepunkten des Gewerkschaftstages gehörte zweifellos die Debatte um die Aufnahme von Kontakten zum FDGB. Nach einer heftigen Auseinandersetzung, die sich besonders an der Frage entzündete, ob der Hauptvorstand eine „Vollmacht“ oder einen „Auftrag“ erhalten solle, beim DGB für die Aufhebung des Kontaktverbotes einzutreten, beschloß der Gewerkschaftstag einstimmig, die gewerkschaftlichen Ostkontakte weiterzuführen und durch die Aufnahme von Kontakten zum FDGB zu ergänzen. Der Vorsitzende, Mahlein, versprach den Delegierten, der Hauptvorstand werde einen entsprechenden Antrag an den bevorstehenden DGB-Bundeskongreß richten. Der Gewerkschaftstag ging noch einen Schritt weiter und setzte,



entsprechend einer Anregung des Landesbezirksvorsitzenden von Baden-Württemberg, Lothar Pleithner, gegen die Empfehlung der Antragskommission einen Beschluß durch, der die Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung fordert. Pleithner sagte, erst ein solches Votum sei die „Voraussetzung für fruchtbare und wirklich sinnvolle Kontakte“.

Der Gewerkschaftstag versäumte jedoch, über den Inhalt gewerkschaftlicher Ostkontakte mehr zu sagen als nur, sie müßten „zur Fortsetzung der Völkerverständigung“ genutzt werden. Das ist ungenügend, denn daß sie der Völkerverständigung diene, behaupten neben Bonner Politikern zur Zeit auch einige Gewerkschaftsführer von der sogenannten „neuen Ostpolitik“ der Bundesregierung. Von der Zielsetzung der Aufweichung der sozialistischen Länder, der manche Funktionäre und Politiker auch die Gewerkschaftskontakte dienstbar machen wollen, müssen sich die Gewerkschafter deutlich distanzieren.

In einer Entschließung zur Friedenspolitik und in Anträgen, die sich gegen den Krieg in Vietnam und die Unterstützung der faschistischen Kräfte in Griechenland durch die Bundesregierung wenden, hat die IG Druck und Papier verdeutlicht, daß für sie die von Bonn proklamierte sogenannte Entspannungspolitik keineswegs glaubhaft ist. Darauf machte auch der Dortmunder Delegierte Max Engelmann aufmerksam, der bezweifelte, daß man angesichts der erhöhten Rüstungsausgaben davon sprechen könne, die Mehrheit der Bundesregierung sei wirklich entspannungs- und friedensbereit.

Das Besondere an diesem Gewerkschaftstag war nicht einfach die Tatsache, daß er die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft dieses Landes einer scharfen Prüfung unterzog, ihre Politik kritisierte und eigene Alternativen dagegensetzte; er suchte insbesondere auch nach Wegen, wie in der Gewerkschaft selbst Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, die Forderungen der Arbeitnehmer wirksamer zu vertreten. „Es ist meine Überzeugung“, sagte in diesem Zusammenhang und unter Hinweis auf die arbeitnehmerfeindliche politische Gesamtsituation in der Bundesrepublik die Delegierte Gertrud Wimmer, „daß wir Männer wählen müssen, die nicht nur erkennen, in welche Abhängigkeit dieser trügerische Wohlfahrtsstaat führt, sondern die auch den Mut zum Risiko, zum Handeln, zum politischen Handeln haben.“

Ausdruck für dieses kritische Verhalten der Delegierten bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik und gegenüber den gewerkschaftlichen Schwächen war auch die Wahl des neuen Vorsitzenden. Sechs Wahlgänge waren erforderlich, ehe Leonhard Mahlein, bisher Landesbezirksvorsitzender in Bayern, mit 160 Stimmen die erforderliche absolute

## Gewerkschaften und konzertierte Aktion

In der vom Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier verabschiedeten Entschließung zur konzertierten Aktion heißt es:

*Wenn davon gesprochen wird, die konzertierte Aktion entspreche den Forderungen des DGB-Grundsatzprogramms und ermögliche eine Mitwirkung der Gewerkschaften an der Vorformung der Politik der Bundesregierung, dann steht der Beweis dafür immer noch aus. Denn alle Alternativvorschläge der Gewerkschaften zur Finanz- und Steuerpolitik, zur sozialen Sicherung und zu einer Änderung der Staatsausgaben (z. B. Kürzung der Verteidigungsausgaben) wurden bisher nicht berücksichtigt.*

*Wenn die konzertierte Aktion tatsächlich die Struktur der bisherigen Machtausübung ändern wollte, dann müßte sie nicht nur methodische Anregungen des DGB-Programms, wie volkswirtschaftlicher Rahmenplan, staatliche Konjunkturpolitik, Orientierungsdaten u. a. aufgreifen; sie müßte vor allem den inhaltlichen Forderungen des Grundsatzprogramms Rechnung tragen.*

*Eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung ist herbeizuführen; der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht ist zu verhindern; die Arbeitnehmer müssen an der Gestaltung der Wirtschaft gleichberechtigt beteiligt werden.*

*Für die konzertierte Aktion ist es jetzt an der Zeit, daß folgende Minimalforderungen der Gewerkschaften erfüllt werden:*

1. Anhebung der Massenkaufkraft durch Einkommenserhöhung für die Arbeitnehmer.
2. Beseitigung der Steuer- und Investitionsgeschenke an die Unternehmer und Abschaffung der ungerechten Steuerprogression für die Arbeitnehmer sowie Wiedereinführung der km-Pauschale von 0,50 DM.
3. Gesetzliche Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im arbeitsrechtlichen Sinn.
4. Neuorientierung der mittelfristigen Finanzplanung durch Abbau der Verteidigungsausgaben.
5. Ausbau der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung durch Novellierung des BetrVerfGes. und Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung auf der Grundlage der DGB-Entwürfe.

*Sollten sich Unternehmer und Bundesregierung weigern, trotz der guten Konjunkturlage unverzüglich an der Realisierung dieser unabdingbaren Grundsätze einer sozialen Symmetrie mitzuwirken, dann wird der Austritt aus der konzertierten Aktion unausweichlich sein.*

## Ostkontakte auch zu FDGB-Gewerkschaften

*Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier billigt die Kontaktaufnahmen des Hauptvorstandes zu den graphischen Gewerkschaften in der Sowjetunion und in Ungarn. Er beauftragt den Hauptvorstand, diese Kontakte trotz der von uns scharf verurteilten Ereignisse in der CSSR weiter auszubauen, soweit es die allgemeine politische Lage zuläßt. Darüber hinaus sind Verbindungen auch zu weiteren Gewerkschaften Osteuropas aufzunehmen, um sie zum Meinungsaustausch und zur Fortsetzung der Völkerverständigung zu nützen.*

*Nach verantwortungsbewußter Prüfung der politischen Möglichkeiten soll der Hauptvorstand lerner entscheiden, ob auf der Ebene des Hauptvorstandes offizielle Kontakte auch zur Industriegewerkschaft Druck und Papier im FDGB aufgenommen werden können. Dazu ist es erforderlich, das vom DGB beschlossene Kontaktverbot zu den FDGB-Gewerkschaften beim nächsten DGB-Bundeskongreß 1969 aufzuheben. Der 8. ordentliche Gewerkschaftstag gibt dem Hauptvorstand die Vollmacht, diesen Antrag auf Aufhebung des bisherigen Kontaktverbotes zu stellen.*

Mehrheit erhielt. Die Wahl Mahleins kann als Beweis dafür gewertet werden, daß die Delegierten eine Profilierung ihrer Gewerkschaft nach links wünschen.

Diesem Verlangen nach einem konsequenten Kurs der IG Druck und Papier, unabhängig von den Wünschen der Bundesregierung und der SPD, trug Mahlein in seinem Schlußwort Rechnung, als er betonte, daß die Gewerkschaften keine Tummelplätze für politische Parteien sein dürften. Der neue

Vorsitzende sprach sich für ein politisches Engagement der Gewerkschaften aus, die auch nüchtern beobachten müßten, wie die Parteien sich zu den Forderungen der Gewerkschaften verhalten. Danach müsse man sich bei den kommenden Bundestagswahlen richten. Mahlein schloß seine Ausführungen mit dem Bekenntnis: „Den Frieden sichern wir, indem wir mithelfen, daß die soziale Sicherheit für alle Völker geschaffen wird, und dafür eintreten, daß auch der arbeitende Mensch als Mensch seine Würdigung findet. H. Cz.



# Mitbestimmung

„Im Kampf um die Mitbestimmung wird man zunächst einmal warten müssen, was im Parlament geschieht. Mit entsprechenden Initiativen der SPD ist ja demnächst zu rechnen.“ Mit dieser Empfehlung vertröstete im DGB-Organ „Welt der Arbeit“ Nr. 42 vom 18. 10. 1968 Chefredakteur Richard Becker alle jene Gewerkschafter, denen die nun schon rund zwei Jahrzehnte währende fruchtlose Diskussion um die Arbeitnehmermitbestimmung langsam zu dumm wird und die jetzt endlich Taten sehen wollen und den DGB zu Kampfmaßnahmen drängen.

Ohne Zweifel vertritt der Deutsche Gewerkschaftsbund, ebenso wie die Mitgliedsgewerkschaften, unverändert und zielstrebig dieses große sozial- und gesellschaftspolitische Anliegen der Masse der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. Das hat der DGB-Vorsitzende Ludwig Rosenberg erst wieder auf dem Bundesangestelltentag in Nürnberg deutlich gemacht. Aber es fällt auf, daß auf den Veranstaltungen des DGB — und im Oktober haben mehrere große Mitbestimmungskundgebungen in verschiedenen Städten stattgefunden — die bisherige Forderung nicht mehr bekräftigt wird, die gesetzliche Grundlage für die Ausdehnung der Mitbestimmung „noch in dieser Legislaturperiode“ zu schaffen.

Das dürfte, neben der Dämpfung gewerkschaftlicher Lohnforderungen, ein weiterer „Erfolg“ der konzertierten Aktion sein, in der immer nur von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften „Einsicht“ und „Vernunft“ für die Belange der Unternehmer verlangt wird. Hinzu kommt ein weiteres Moment, das jetzt deutlich sichtbar wird: Die sozialdemokratische Parteiführung erwartet vom DGB und den Gewerkschaftsvorständen, daß sie ihr im kommenden Wahlkampf die Wähler zutreiben helfen. Die schon eine kleine Ewigkeit angekündigte „Gesetzesinitiative“ der SPD-Bundestagsfraktion in Sachen Mitbestimmung, die gerade noch zum beginnenden Wahlkampf eingeleitet werden soll, wird dabei das Lockmittel sein.

Die vom SPD-Vorsitzenden Willy Brandt auf dem Metall-Gewerkschaftstag im September ausgegebene Orientierung in der Mitbestimmungsfrage auf den „nächsten Bundestag“ und die Aufforderung an die Gewerkschafter, für dieses Anliegen die SPD-Fraktion zu stärken, beginnt sich auszuwirken. Man muß jedoch früh genug vor aufkommenden Illusionen warnen! Im Bundestag wird in Sachen Mitbestimmung nur so viel Brauchbares geschehen, wie die Gewerkschaften durch kompromißlosen Kampf zu erzwingen bereit sind. Diese Erkenntnis ist das Ergebnis zwanzigjähriger Praxis. In der Mitbestimmungsfrage muß seitens der Gewerkschaften jetzt umgeschaltet werden: Es ist genug geredet, jetzt zählen nur noch Taten! Sb.

# Lohnrückstand der Landarbeiter

**Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft  
fordert sozialen Kurswechsel — Vom 8. Gewerkschaftstag**

Die Beschäftigten in der Agrarwirtschaft haben tarif- und sozialpolitisch einen enormen Nachholbedarf gegenüber den Arbeitnehmern in der vergleichbaren Industrie. Sie fordern die arbeitsrechtliche Regelung der Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle, eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung und die Einführung der betrieblichen und gesamtwirtschaftlichen Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch im Bereich der Agrarproduktion. Das sind wesentliche Anliegen, die von den Delegierten des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, der vom 13. bis 16. Oktober in Erbach/Odw. stattfand, bekräftigt wurden.

Während sich der Gewerkschaftstag mit profilierten Aussagen zu Fragen der aktuellen Politik zurückhielt, war die Kennzeichnung der Sozialpolitik und des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems der Bundesrepublik eindeutig. Dafür sorgten vor allem der neue GGLF-Vorsitzende Alfons Lappas und sein Stellvertreter Willi Lojewski. Lappas, der mit 70 von 72 abgegebenen Stimmen als Nachfolger des bisherigen Vorsitzenden Hellmut Schmalz gewählt wurde, formulierte die Erkenntnis, die er aus der jüngsten Wirtschaftskrise in der Bundesrepublik gewonnen habe, so: „Wirtschaftliche Mißerfolge werden in einer kapitalistischen Wirtschaft ausschließlich auf dem Rücken der Arbeitnehmer getragen!“

In dem von „Vermessenen“ als soziale Marktwirtschaft bezeichneten System der Bundesrepublik würden die Gesetzmäßigkeiten einer kapitalistischen Wirtschaft den Ablauf des Geschehens bestimmen. Die Ware Arbeitskraft werde ebenso nach Angebot und Nachfrage gehandelt „wie ein Pfund Butter oder ein Festmeter Holz“. Die Rezession mit nahezu 750 000 Arbeitslosen in 1967 habe das wieder gezeigt. Es sei die Aufgabe der Gewerkschaften, „dieses Wirtschaftssystem mit soviel Elementen gewerkschaftlicher Vorstellungen zu bereichern, wie es unter den gegebenen politischen Umständen nur irgend möglich ist“.

Obleich Lappas irriterweise in der konzertierten Aktion der Bundesregierung „bedeutende Elemente des Grundsatprogrammes des DGB berücksichtigt“ sieht, begegnete er ihr mit Skepsis. Die Wiederbelebung der Konjunktur sei eigentlich das Verdienst der Gewerkschaften, sagte der GGLF-Vorsitzende, die den Aufschwung mit ihrer „tarifpolitischen Abstinenz im Jahre 1967“ veranlaßt haben. Während die Unternehmer dabei gut gefahren seien, hätten die Arbeitnehmer bis jetzt das Nachsehen. Unter den Bedingungen der konzertierten Aktion hätten sich die Erscheinungsformen des sozialen Konflikts „ein wenig gewandelt“, aber „am Prinzip der harten Auseinandersetzung über den Anteil am Ertrag unserer Wirtschaft hat sich dadurch nicht das geringste geändert“, Äußerungen des

Bundeswirtschaftsministers könnten nicht die Aktivität der Gewerkschaften und ihre konstruktive Tarifpolitik ersetzen.

Mit sarkastischen Worten wies der stellvertretende Vorsitzende Lojewski das Gerede über einen angeblichen bundesdeutschen Wohlfahrtsstaat zurück. Der Anteil des „sogenannten Sozialteils“ am Bundeshaushalt sei von 1950 mit 27,5 Prozent auf nur noch 18,5 Prozent im Jahre 1967 gefallen. 1957 habe die Regierung noch 31,2 Prozent der Gesamtausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten beigesteuert; 1967 seien es nur noch 19,5 Prozent gewesen, die im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung bis 1971 weiter auf 15,1 Prozent absinken sollen.

Der „sogenannte soziale Fortschritt der Bundesrepublik“ werde nicht vom Staat, sondern von den Versicherten selbst finanziert. Die Versicherten müßten nicht nur die laufenden Kostensteigerungen der Sozialversicherungseinrichtungen übernehmen, sondern außerdem noch die Folgen der Umschichtung in der Ausgabenpolitik des Bundes. Man müsse fragen, ob nicht die Arbeitnehmer „in einer geradezu unerträglichen Weise von diesem Staat überfordert“ würden.

Lojewski nannte Beispiele für die einseitige Vermögensbildung und die dürftige Höhe der Renten, um deutlich zu machen, wie — auch mit sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung — im Zeichen der Sozialpolitik Einkommen „in der falschen Richtung“ umgeschichtet werden. Bezüglich der Rentenversicherungsträger, deren Vermögen zweimal als Folge der Weltkriege praktisch vernichtet worden sei und nun abermals durch den Staat angezapft werde, forderte Lojewski eine „nachträgliche Wiedergutmachung“. Niemand könne von den Gewerkschaften erwarten, daß sie noch einmal bereit sein werden, „die Opfer auf uns zu nehmen, die wir im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung auf uns genommen haben“.

Wie sehr im Zeichen der Großen Koalition sozialpolitische Tatsachen heute die Eigenschaft besitzen, als zwangsläufige Kritik insbesondere am sozial-



demokratischen Koalitionspartner zu wirken, demonstrierte der frühere GGLF-Vorsitzende sowie jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete und parlamentarische Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion im Bundestag, Heinz Frehse. Er warf Lojewski vor, einseitig immer nur die Bundesregierung kritisiert zu haben, obgleich sie auch Erfolge aufweisen könne. Bonn sei die falsche Adresse der Kritik, vielmehr würden Mißstände darauf hinweisen, daß letztlich die Gewerkschaften versagt hätten. Die Delegierten machten jedoch durch mehrmaligen demonstrativen Beifall für Lojewski und in der Diskussion deutlich, daß sie mit dessen Ausführungen übereinstimmen.

Die vom Hauptvorstand vorgelegten Entschlüsse zu politischen Fragen — ausgenommen zum NPD-Verbot — ließen die realistische Einschätzung überwiegen vermissen. „Unbeirrt“ wird zum Beispiel die Wiedervereinigung Deutschlands gefordert, als sei das nur ein simpler Verwaltungsakt und als gäbe es außer „Mauer und Stacheldraht“ keine Gesichtspunkte. Das militärische Eingreifen von fünf Warschauer-Pakt-Staaten in der CSSR wurde vom Gewerkschaftstag verurteilt. Das von den westeuropäischen Großkonzernen in ihrem Sinne in Gang gesetzte „europäische Einigungswerk“, das besonders bei Agrarerzeugnissen für die Verbraucher überwiegend Preissteigerungen mit sich brachte, wird im wesentlichen kritiklos als „Vorstufe zur politischen Einigung“ begrüßt.

Der Gewerkschaftstag forderte die Beendigung der Kriege „in Vietnam und Biafra, ohne Rücksicht auf die Verantwortung für ihr Entstehen“. Er verlangte die Einstellung des widersinnigen Wettrüstens auf der ganzen Welt und die Einsetzung der freiwerdenden Mittel für den sozialen Fortschritt.

Zu einer längeren Kontroverse, die den schon jetzt verhängnisvollen Einfluß der NPD besonders auf dem Lande verdeutlichte, kam es über die Forderung nach dem Verbot der neonazistischen Partei. Einige Delegierte, selbst unzweifelhaft Gegner der Neonazis, wollten es sich „nicht so leicht machen“ und statt eines Verbotes nur die „Überwindung der NPD durch die politische Auseinandersetzung“ gelten lassen. Ihnen wurde überzeugend entgegengehalten, daß man, wie der stellvertretende Vorsitzende Alois Pfeiffer sagte, „mit Demagogen nicht diskutieren“ kann. Schließlich wurde die Verbotsforderung mit großer Mehrheit beschlossen.

Zur Thematik „Ostkontakte“ beschloß der GGLF-Gewerkschaftstag, „die Kontakte und Verbindungen mit denjenigen Gewerkschaften anderer Länder aufzunehmen und weiter auszubauen, die ihrerseits zu einem ungehinderten freien Meinungs- und Erfahrungsaustausch bereit sind“. Einstweilen sollen jedoch die Kontakte, entsprechend dem DGB-Beschluß, wegen der Ereignisse

in der CSSR unterbrochen bleiben. In einem Gespräch mit NACHRICHTEN sagte Alfons Lappas, daß die GGLF nicht die Absicht habe, sich für vier Jahre gegen Ostkontakte festzulegen. Man wolle zunächst abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, um zu neuen Ansätzen zu kommen.

Hinsichtlich der Entwicklung auf dem Lande war die Analyse des Gewerkschaftstages ohne Zweifel zutreffend: die agrarische Produktion konzentriert sich in immer weniger Großbetrieben; der bäuerliche Familienbetrieb kann nicht mehr Leitbild der offiziellen Landwirtschaftspolitik sein; die Masse der Kleinbetriebe wird den Konkurrenzkampf nicht bestehen; die Zahl der Lohnarbeitskräfte auf dem Lande wird sich weiter verringern. Allerdings machte es sich der Gewerk-

schaftstag etwas zu leicht, wenn er diesen Trend zum Anlaß nimmt, von der Regierung und den EWG-Organen sinnvolle Maßnahmen zu verlangen, die den Zug zum bäuerlichen Großbetrieb fördern, ohne dabei die Möglichkeit genossenschaftlicher Zusammenschlüsse der Hunderttausende Klein- und Kleinstbauern ernsthaft zu erwägen.

Eine konsequente Orientierung auf die gemeinsame Nutzung von Boden, Maschinen und Arbeitskräften könnte dazu führen, daß auch die landwirtschaftlichen Familienbetriebe erhalten und bei zunehmender Konzentration und Industrialisierung der Landwirtschaft wettbewerbsfähig bleiben. Sie könnte gleichzeitig dazu beitragen, das demokratische Element auf dem flachen Lande zu stärken.

G. S.

### **Polizeibeamte fordern das Streikrecht**

Auf dem 12. Kongreß der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Mitte Oktober in West-Berlin kam die starke Unzufriedenheit der Polizisten in der Bundesrepublik mit ihrer gesellschaftlichen Stellung, der militärähnlichen Bewaffnung und unzureichenden Besoldung zum Ausdruck. In diesem Zusammenhang forderte der Gewerkschaftstag den GdP-Bundesvorstand auf, bis zum nächsten Gewerkschaftstag in drei Jahren zu „prüfen“, ob und in welcher Form das Widerstandsrecht zur Verteidigung der Demokratie und Maßnahmen des Arbeitskampfes zur Durchsetzung sozialer und wirtschaftlicher Forderungen der Polizeibediensteten in die Satzung aufgenommen werden können.

Der wiedergewählte Gewerkschaftsvorsitzende Werner Kuhlmann teilte mit, die GdP habe „etwa ein halbes Dutzend“ Mitglieder wegen ihrer Zugehörigkeit zur NPD ausgeschlossen. Angesichts der Tatsache, daß große Bonner Parteien Wahlbündnisse mit der NPD eingegangen seien, sei das „nicht wenig“. Die Bundesregierung denke über das geforderte Verbot der NPD „zu sehr und zu lange“ nach.

Die gewerkschaftlich organisierten Polizisten forderten dringend die Durchführung einer Reform der Polizei. Insbesondere müsse ihre Ausrüstung mit Explosivstoffen abgelehnt werden. In der Polizei müsse ein liberaler Dienstbetrieb einkehren. Werner Kuhlmann sagte, es sei eine falsche Konzeption der Politik bezüglich des Einsatzes der Polizei, wenn man versuche, politisch verursachte Konfliktsituationen im Lande mit polizeilichen Mitteln aus der Welt zu schaffen.

Harte Kritik wurde an der unzureichenden Besoldung der Polizeibeamten und -bediensteten laut. Bei der Bera-

tung von Besoldungsgesetzen werde immer wieder deutlich, sagte Kuhlmann, daß man in Bonn die Polizisten auf den Status „öffentlich besoldeter Hilfsarbeiter“ festlegen wolle. Die Geduld der Polizeibeamten sei in dieser Frage nunmehr erschöpft.

### **Entschädigung für Chemiarbeiter**

Die Tarifparteien in der chemischen Industrie haben sich jetzt nach längeren Verhandlungen, die seit Mai 1968 dauerten, auf den Inhalt eines Schutzvertrages für von Rationalisierungsmaßnahmen betroffene Arbeiter geeinigt. Das Abkommen sieht drei verschiedene Möglichkeiten für die Abwendung oder Milderung sozialer Härten durch Rationalisierung vor: Verdienstschutz, Abfindungen und Umschulungen.

Bei Umsetzungen als Folge von Rationalisierungsmaßnahmen, die mit Verdienstminderungen verbunden sind, wird für die ersten drei Monate der Lohn voll weitergezahlt und für die nächsten drei Monate in Höhe von 90 Prozent. Voraussetzung ist zehnjährige Betriebszugehörigkeit und Vollendung des 45. Lebensjahres. Bei unvermeidlichen Entlassungen werden Abfindungen in Höhe von einem bis sechs Monatsverdiensten gezahlt, wobei die Dauer der Betriebszugehörigkeit von 10 bis 25 Jahren und das Alter von 40. bis 60. Lebensjahr gestaffelt ist. Erforderliche Umschulungen muß der Betrieb bezahlen.

Der Schutzvertrag ist noch nicht in Kraft gesetzt worden. Über den Zeitpunkt des Inkrafttretens entscheiden Gewerkschaft und Arbeitgeberverband der chemischen Industrie vermutlich am 25. und 26. November, wenn die Verhandlungen über Arbeitszeit- und Lohnentwicklung für 1969 beginnen.



# Angestellte wollen mitbestimmen

## 6. Angestelltentag des DGB in Nürnberg Für Rationalisierungsschutz und Solidarität

Die Unterscheidungsmerkmale zwischen Angestellten und Arbeitern werden in der modernen Wirtschaft immer geringer. In ihrer gesellschaftlichen und sozialen Stellung gegenüber den Unternehmern sind Angestellte und Arbeiter in gleicher Weise benachteiligt. Daraus resultiert ihr gemeinsames Grundinteresse in politischen, sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen und die Notwendigkeit, sich in Gewerkschaften zu organisieren, um gemeinsam für ihre Forderungen zu kämpfen. Diese vom DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg in seinem Referat entwickelte These ist eine der wesentlichen Aussagen des 6. Bundesangestelltentages des DGB, der am 29. und 30. Oktober 1968 in Nürnberg stattfand.

Der DGB-Vorsitzende ermahnte die Angestellten, sich nicht von schädlichem ständischem Denken irritieren zu lassen. Alle Arbeitnehmer, ob Angestellte, Arbeiter oder Beamte, seien genötigt, jene Forderungen zu verwirklichen, „die Grundlage ihrer Existenz als Arbeitnehmer und Bürger einer freien, demokratischen und sozial gerechten Gesellschaft sind“. Rosenberg zählte dazu die Sicherung des Arbeitsplatzes durch Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Stabilität, Sicherheit bei Krankheit und im Alter, ausreichende Bildungs- und Schulungsmöglichkeiten sowie Mitbestimmung im Betrieb und Unternehmen.

Wenn Arbeiter und Angestellte nicht gemeinsam kämpften, würden sie das Mögliche nicht erreichen und das Unenträglich verschulden, denn die Probleme würden dann „anders gelöst, als sie gelöst werden müßten“. Den Nutzen hätten nur jene, die in einer modernen Wirtschaft zwar die neuesten Maschinen installieren, „aber die veralteten Gesellschafts- und Abhängigkeitsverhältnisse erhalten wollen“ und die den Fortschritt als Privileg einer immer kleiner werdenden Schicht sehen.

Referate und Diskussionen in den Arbeitskreisen und im Plenum standen stark unter dem Eindruck des wissenschaftlich-technischen Wandels, der sich gegenwärtig in der Wirtschaft und insbesondere auch in den Büros und Verwaltungen vollzieht und dazu führen wird, daß etwa 1980 die Zahl der Angestellten gleich groß ist wie die der Arbeiter und ihnen in der Folgezeit gegenüber den Arbeitern das Übergewicht verschafft. Das für die Angestelltenarbeit verantwortliche Mitglied des geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes, Werner Hansen, zitierte eine Vorausschätzung des Deutschen Industrie-Instituts, wonach in der Industrie der Bundesrepublik 1990 von je 100 Beschäftigten vermutlich 54 Angestellte sein werden. Gegenüber 1965 werde sich danach in der Industrie die Zahl der Arbeiter um mehr als die Hälfte auf 3,2 Millionen reduzieren und die der Angestellten mit 3,75 Millionen mehr als verdoppeln.

„Alle Angestelltentätigkeiten werden von der technischen Entwicklung, deren

Symbol der Computer ist, betroffen werden“, sagte Hansen. Deshalb standen im Mittelpunkt des Angestelltentages die Forderungen nach Schutzverträgen gegen Rationalisierungsfolgen und die Mitbestimmung der Angestellten. So fordert ein Antrag, der als Material an den Bundesangestelltenausschuß des DGB zwecks Berücksichtigung bei der Neufassung der Richtlinien für Tarifprobleme der Angestellten weitergeleitet wurde, in der Tarifpolitik „neue Bezugsgrößen“ zu entwickeln. Es wird die Einführung des garantierten Jahreseinkommens verlangt. Für die Abwehr von Nachteilen aus Rationalisierungsmaßnahmen sollen in der Tarifpolitik folgende Ziele angestrebt werden:

- Mitbestimmung bei der Personalplanung;
- Ausweitung der Mitbestimmung der Betriebs- und Personalräte bei Umschulung, Fortbildung und Entlassungen;
- Unkündbarkeit ab einem bestimmten Lebensalter und einer bestimmten Betriebszugehörigkeitsdauer;
- Verpflichtung der Unternehmen zur rechtzeitigen Umschulung;
- Gewährung eines bezahlten Bildungsurlaubs;
- Verpflichtung zur Umsetzung im Rahmen des Unternehmens mit Gehaltsausgleichsgarantie für die Übergangszeit von mindestens sechs Monaten;
- Abfindung bei Freisetzungen.

In weiteren vom Angestelltentag des DGB beschlossenen Anträgen und Entschlüssen wurden gefordert: tarifvertragliche Umstellung des Urlaubs von „Werktagen“ auf „Arbeitstage“, Zahlung der vollen Beträge an die Rentenversicherungen durch die Bundesregierung, Beibehaltung getrennter Versicherungsträger für Arbeiter und Angestellte, volle Selbstverwaltung der Sozialversicherung durch die Arbeitnehmer, Durchführung der Sozialwahlen in den Betrieben und Büros, Herabsetzung des Rentenbezugsalters, Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne der gewerkschaftlichen Forderungen, Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung, Verbes-

serung des Kündigungsschutzes für Angestellte und die gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber, „einen bestimmten, der Bevölkerungsstruktur entsprechenden Anteil älterer Angestellter beschäftigen zu müssen“.

Eine kritische Debatte ging der Annahme von zwei Entschlüssen zur Angestelltenarbeit des DGB voraus. In diesen Entschlüssen wird der DGB wegen Unterschätzung der gewerkschaftlichen Angestelltenarbeit kritisiert, die in der Streichung des Angestelltensekretärs in den mittleren Leitungsgremien zum Ausdruck komme. Die Entschlüsse fordern die Wiederbesetzung dieser Funktion. Der DGB müsse dafür die notwendigen finanziellen Mittel bereitstellen. Der Textvorschlag der Antragskommission, in dem die zunehmende Bedeutung der Angestellten betont, die Arbeit mit ihnen aber den Einzelgewerkschaften zugewiesen wird, wurde von den Delegierten verworfen.

In diesem Zusammenhang trugen Werner Hansen und Ferdinand Eichhorn vom Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik einige Gedanken zur Organisationsreform des DGB vor. Hansen sagte, auf dem bevorstehenden DGB-Kongreß in München müsse geklärt werden, welche Aufgaben und Kompetenzen nun dem DGB und den Einzelgewerkschaften zustehen sollen und welche nicht. Ferdinand Eichhorn machte auf Einsparungsmöglichkeiten besonders auf der Landesbezirksebene aufmerksam; es müßten gewiß nicht neben dem DGB noch alle 16 Mitgliedsgewerkschaften ihren kompletten eigenen Apparat haben. Im übrigen wehre er sich dagegen, daß die Angestellten als Gruppe im DGB untergehen.

Im Bereich der allgemeinen Politik verabschiedeten die Delegierten einstimmig die Forderung an die Bundesregierung, die NPD zu verbieten und alle Versuche der Verbreitung nazistischen Gedankengutes zu unterbinden. Ein anderer Antrag fordert den DGB-Bundesvorstand zur Durchführung von „Begegnungsveranstaltungen“ zwischen Studenten und Gewerkschaften zwecks Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses auf. Der Antrag des Landesangestelltenausschusses Hessen des DGB, das sogenannte Kontaktverbot des DGB-Bundesvorstandes aufzuheben und in einen „ständigen Meinungsaustausch“ mit dem FDGB der DDR einzutreten, wurde vom Antragsteller wegen der CSSR-Ereignisse, aber „bei Aufrechterhaltung der politischen Auffassung“, zurückgezogen.

Werner Hansen forderte zum Schluß der Tagung die 135 Delegierten von den 900 000 in DGB-Gewerkschaften organisierten Angestellten auf, mitzuhelfen, die fortwährend wachsende Schicht der Angestellten von der zunehmenden Notwendigkeit und Wichtigkeit der Gewerkschaften und der solidarischen Mitarbeit in ihnen zum Nutzen aller Arbeitnehmer zu überzeugen. Gerd Siebert



# GdED „entschärft“ die Tatsachen

## Manipulation auf dem Eisenbahner-Gewerkschaftstag Mangelnde Unabhängigkeit der Führung

„Die Aufgaben der Zukunft meistern“ — so lautete das Motto des 8. ordentlichen Gewerkschaftstages der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands (GdED). Die Ergebnisse der Beratungen, die am 9. Oktober in Bremen abgeschlossen wurden, lassen jedoch Zweifel aufkommen, ob die GdED in den wesentlichen Fragen mit ihren Beschlüssen zum erklärten Ziel, die Zukunft zu meistern, beitragen kann.

Der Gewerkschaftsvorstand hatte es insbesondere darauf angelegt, politische Tatsachen, wenn sie der Politik des sozialdemokratischen Koalitionspartners in der Großen Koalition unbecom sein konnten und in den Anträgen an den Gewerkschaftstag beim Namen genannt wurden, mit neuformulierten Entschließungen zu „entschärfen“. Diese Methode, Anträge an den Gewerkschaftstag durch Vorstands-Entschließungsentwürfe zusammenzufassen und bei der Gelegenheit unbecommene Forderungen und Wahrheiten „unterzubügeln“, ist übrigens im Laufe dieses Jahres auf mehreren Gewerkschaftstagen (die IG Metall nicht ausgenommen) erstmals praktiziert worden und ist offensichtlich auch ein Kind der Großen Koalition.

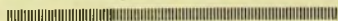
Bedenklich waren auch die Bestrebungen des als Vorsitzender wiedergewählten SPD-Bundestagsabgeordneten Philipp Seibert, die GdED dergestalt umzufunktionieren, damit aus der Eisenbahnergewerkschaft das wird, was man der Gewerkschaftsbewegung in der DDR nachzusagen pflegt: ein „Erfüllungsgehilfe der Partei“. Wenn es noch wenigstens darum gegangen wäre, richtige und vertretbare politische Forderungen zu unterstützen, wäre gegen eine Zusammenarbeit von Parteien und Gewerkschaften zum Nutzen der Arbeitnehmerschaft gewiß nichts einzuwenden. Wohin aber die Erfüllungsgehilfschaft des GdED-Vorstandes führt, mag ein Beispiel verdeutlichen:

Dem Gewerkschaftstag lag ein von der GdED-Jugendkonferenz eingebrachter Antrag vor, der klar und deutlich die Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages durch die Bundesregierung und damit den Verzicht auf Verfügung über atomare Waffen verlangt. Da aber die sozialdemokratische Parteiführung ebenso wie die CDU/CSU zu einer Unterzeichnung des Vertrages nicht bereit ist, andererseits aber ein Gewerkschaftstag nicht ohne weiteres auf dieselbe Linie zu bringen ist, ließ sich der GdED-Vorstand ein paar „Ergänzungen“ zu dem Antrag einfallen: Danach unterstützt der Gewerkschaftstag die Unterzeichnung eines solchen Vertrages, „auch wenn der Signatarstaat UdSSR die in der Vertragspräambel erneuerte territoriale Unversehrtheit jedes Vertragspartners bereits gebrochen hat“. Eine weitere Ergänzung ist auch die Zurückweisung

der „Feindstaatenklausel“ in der UNO-Charta und die Forderung, den Vertrag nur auf der Basis völliger Gleichberechtigung zu unterzeichnen.

Auf diese Weise hat man „zwei Fliegen mit einer Klappe“ geschlagen: Man hat einmal die Forderung nach Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages erhoben und zum anderen mit entsprechenden Nebenforderungen sichergestellt, daß die Hauptforderung weiterhin sabotiert werden kann. Der Masse der politisch ungeübten Delegierten kann daraus natürlich kein Vorwurf gemacht werden; er trifft allein jene, die genau wußten, wohin sie wollten.

Ebenso bedenklich ist auch die vom Hauptvorstand vorformulierte und von den Delegierten verabschiedete Entschließung zur „Wiedervereinigungspolitik“. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, „in ihrer neuen Deutschlandpolitik zielstrebig fortzufahren“. Daß dieses Ziel nicht die Verständigung mit der DDR und die Normalisierung der Beziehungen zu ihr ist, geht aus dem Satz der Entschließung hervor, der trotz einiger populärer Schlagworte wie die Offenbarung des Geheimnisses der „neuen“ Deutschlandpolitik klingt: Nur die „neue Politik der Bundesregierung — nicht die ehemalige Politik der Stärke — kann dazu beitragen, autoritäre und totalitäre Strukturen in der DDR auf längere Sicht zu mindern und Verhältnisse einer sozialistischen Demokratisierung



### Bundesrepublik hat höchsten Staatsverbrauch

Unter den sechs Mitgliedstaaten der EWG ist der Staatsverbrauch in der Bundesrepublik am höchsten. Nach einer Übersicht des Statistischen Amtes der EWG betrug der Anteil des Staatsverbrauchs am Bruttosozialprodukt im Durchschnitt aller EWG-Länder 13,9 Prozent im Jahre 1962, 14,6 Prozent 1966 und 14,8 Prozent 1967. In der Bundesrepublik betrug der Verbrauch der öffentlichen Hand in diesen drei Jahren jedoch 15, 15,7 und 16,6 Prozent. Nach der Bundesrepublik folgten die Niederlande, in Italien war er am niedrigsten.

zu fördern, die Ausgangspunkt für eine realistische Wiedervereinigungspolitik sind“.

Mit anderen Worten: Die frühere Politik der Stärke hat es der DDR zu leicht gemacht, sie als feindselig zu entlarven; die „neue“ Politik scheinbarer Konzilianz verspricht mehr Aussicht auf ein ideologisches Eindringen und Aufweichen der DDR. Deshalb und nicht um der Verständigung willen soll sie fortgesetzt werden. Es ist Philipp Seibert und jenen, die die internen Konzeptionen in Bonn aus nächster Nähe kennen, zu danken, daß sie die diesbezüglichen Formulierungen so und nicht anders in die Entschließung zur Deutschlandpolitik einfließen ließen. Nun ist deutlicher geworden, was die DDR-Propaganda meint, wenn sie seit Bestehen der Großen Koalition von einer „verschärften Aggressionspolitik“ der Bundesregierung spricht.

Weitere Entschließungen verabschiedete der GdED-Gewerkschaftstag zur Vermögensbildung, gegen Rechtsradikalismus und andere Feinde der Demokratie, zur Pressekonzentration, zur Stellung der Frau in Wirtschaft und Gesellschaft, zu Fragen der Verkehrspolitik, der Besoldung, Versorgung, Ausbildung, Fortbildung, des Urlaubs usw.

Seibert erklärte, die Gewerkschaft wolle trotz des Defizits der Bundesbahn eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik betreiben. Die GdED-Tarifkommission hatte 24 Stunden vor Beginn des Gewerkschaftstages die Lohn- und Gehaltstarifverträge der 190 000 Arbeiter und Angestellten bei der Bundesbahn gekündigt. Die GdED forderte eine Einkommenserhöhung von 8 Prozent und die Zahlung eines Weihnachtsgeldes in Höhe von zwei statt bisher einem Drittel des Monatsverdienstes. Als weitere Tarif- bzw. gesellschaftspolitische Zielsetzungen nannte Seibert auf dem Gewerkschaftstag:

■ Verwirklichung der 40-Stunden-Arbeitswoche;

■ paritätische Mitbestimmung der Gewerkschaft im Verwaltungsrat der Bundesbahn;

■ mehr Mitbestimmung für die Personalräte.

Der Gewerkschaftstag beschloß die Verlängerung der Wahlperiode von bisher drei auf vier Jahre, so daß der nächste Gewerkschaftstag der GdED 1972 stattfinden wird. Die nächsten Jahre dürften insbesondere mit der Bewältigung der Probleme ausgefüllt sein, die sich aus dem verkehrspolitischen Programm Georg Lebers ergeben und durch Stilllegungen von Eisenbahnstrecken z. B. zur Verringerung der Zahl der Beschäftigten bei der Bundesbahn um 82 000 Arbeitnehmer führen. Dazu wird es vor allem einer unabhängigen Position der Gewerkschaft bedürfen, die außer im politischen auch im sozialen Arbeitsbereich der GdED zur Zeit nicht gegeben ist.

K. K.



# Negative Bilanz für Arbeitnehmer

**Nach Konjunkturbelebung steht fest: Nur Unternehmer haben durch die konzertierte Aktion profitiert**

Als die Regierung Kiesinger/Strauß/Brandt die konzertierte Aktion entwickelte, gehörte nicht viel dazu, um vorauszusagen, daß mit dieser Politik das Ziel verfolgt wird, Wirtschaft und Staatshaushalt auf Kosten der Arbeitnehmerinkommen zu sanieren und die Gewerkschaften fest an die Regierungspolitik zu binden. Diese These hat sich in der Folgezeit bestätigt.

Die Krisenjahre 1966 und 1967 verstärkten den Trend, mit immer weniger Arbeitskräften immer mehr Waren zu produzieren. Die Folge war ein weiterer Rückgang der Beschäftigtenzahl um rund 400 000 Arbeiter und Angestellte. Dazu kamen noch Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnabbau. Im Jahre 1967 erfuhren die Arbeitnehmerinnen und -arbeiter einen Rückgang von 1,6 Prozent. Außerdem wurden der arbeitenden Bevölkerung durch die mittelfristige Finanzpolitik der Bundesregierung zusätzliche Lasten aufgebürdet, wodurch sich das Realeinkommen weiter schmälerte.

Anders dagegen sah es für die Unternehmer aus, die sich seit jeher der besonderen Gunst Bonns erfreuen. Sie nutzten die Rezession zur Konsolidierung, zu neuen Investitionsvorhaben und zur Forcierung der Rationalisierung. Mit Hilfe der Bundesregierung, besonders aber mit der Schillerschen „konzertierten Aktion“, gelang es ihnen, die Profite abzusichern, so daß trotz des Produktionsrückganges insgesamt gesehen die Gewinne konstant blieben. Davon zeugt unter anderem die Tatsache, daß die Durchschnittsdividenden von 1700 Aktiengesellschaften, deren Dividendenerklärungen für das Geschäftsjahr 1967 bis Ende Juli 1968 vorlagen, mit 10,7 Prozent die gleiche Höhe erreichten wie 1966.

Inzwischen ist die Krise überwunden und der Industriumsatz hat Rekordhöhen erreicht. So erzielte die westdeutsche Industrie im ersten Halbjahr 1968 ein Umsatzergebnis von 202 Milliarden DM; das entspricht einer Steigerung von 11 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 1967. Und dennoch setzten Unternehmer und Regierung auch 1968 ihre Politik der sozialen Demontage fort; die versprochene „soziale Symmetrie“ ist noch immer eine Fata Morgana am bundesdeutschen Einkommenshimmel.

Daß die Sonne des wirtschaftlichen Aufschwungs nur für die Unternehmer scheint, mußte jetzt sogar das Statistische Bundesamt einräumen. Nach den neuesten Ergebnissen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ist das Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr 1968 um 7,4 Prozent auf 247 Milliarden DM gestiegen gegenüber nur 0,6 Prozent im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Zieht man davon 1 Prozent für Preiserhöhungen ab, so macht der reale Sozialproduktzuwachs 6,4 Pro-

zent aus. Da die Zahl der Erwerbstätigen um 0,7 Prozent zurückging, konnte das reale Sozialprodukt je Erwerbstätigen den Rekordsatz von 7 Prozent erreichen.

Es gibt keinen Zweifel, die Früchte des Konjunkturaufschwunges und der steigenden Arbeitsproduktivität sind in der ersten Hälfte des Jahres 1968 ausschließlich den Unternehmern zugute gekommen. Ihre Gewinne erhöhten sich um 9 Prozent, während die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sogar um 20 Prozent auf 63 Milliarden DM zunahmen. Dagegen sind die Nettoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit — also die Arbeitnehmerinkommen — nur um 2,8 Prozent gestiegen.

Im Vertrauen auf die zugesagte „soziale Symmetrie“ hatten die Gewerkschaften erhebliche Vorleistungen erbracht und für 1968 Tarifabschlüsse getätigt, deren materielle Ergebnisse bei durchschnittlich 4,2 Prozent Lohnerhöhung liegen; bei den Angestellten sind es nur 4 Prozent. Aber auch diese 4,2 Prozent reduzieren sich auf 3 Prozent, wenn man die sich erst 1968 auswirkenden Lohnstufen aus früheren Tarifabkommen abzieht. Die Gewerkschaften haben die günstige Situation im Frühjahr 1968 nicht genutzt, um — gestützt auf die konjunkturelle Aufwärtsentwicklung — den sichtbar gewordenen Widerstandswillen gegen die Notstandsgesetze zugleich in lohnpolitische Aktionen umzusetzen und die Unternehmer zu beträchtlichen Lohnerhöhungen zu zwingen. „Nach internen gewerkschaftlichen Berechnungen“, weiß die „Westdeutsche Allgemeine“, zu berichten, „wäre konjunkturell für 1968 und 1969 zusammen eine Tariflohn- und Gehaltserhöhung um 12 bis 15 Prozent vertretbar gewesen. Daß sich die versprochenen 8 bis 11 Prozent nachholen lassen, gilt als recht unwahrscheinlich.“

Es ist unverzählich und widerspricht allen gewerkschaftlichen Erfahrungen, daß sich Gewerkschaften auf Laufzeiten der Tarifverträge bis nach den Bundestagswahlen einließen, obwohl gerade in den Wahlzeiten die Bedingungen zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen besonders günstig sind. Die Unterordnung von Interessen der Arbeiter und Angestellten unter die Politik der Regierung der Großen Koalition fügt bereits

jetzt der Gewerkschaftsbewegung beträchtlichen Schaden zu. Nicht zuletzt ist sie einer der Gründe für die negative Mitgliederentwicklung.

Da die Bundesregierung die Akzente für die minimalen Tarifabschlüsse gesetzt hat, um die Gewerkschaften auf die Politik der „konzertierten Aktion“ festzulegen, ist es eine Farce, wenn nun Bundeswirtschaftsminister Schiller für 1969 Lohnerhöhungen von durchschnittlich 6 Prozent voraussagt. Schon heute steht fest, daß die Mehrheit der westdeutschen Arbeitnehmer auf Grund der langen Laufzeiten der Verträge und der mehr als bescheidenen Tarifabschlüsse auch im kommenden Jahr vom lohnpolitischen Fortschritt ausgeschlossen sein wird. Außerdem haben sich bereits die Unternehmerverbände mit aller Schärfe gegen Lohnerhöhungen von 6 Prozent gewandt. Sie nennen die Ankündigung Schillers ein „riskantes volkswirtschaftliches Roulettepiel“ und bezeichnen Tarifabschlüsse von rund 3 Prozent als „konjunkturgerecht“. Das läßt auf harte Tarifaufeinandersetzungen schließen, obwohl inzwischen auch dem Letzten klargeworden sein dürfte, daß bei den Arbeitnehmern ein echter Lohnnachholbedarf besteht.

Aber noch eins hat die Entwicklung in den letzten Monaten widerlegt, nämlich die These von der sogenannten Lohn-Preis-Spirale. Tatsache ist, daß bei äußerst minimalen und — wie die Unternehmer sagen — „konjunkturgerechten“ Lohn- und Gehaltserhöhungen die Preise erneut in Bewegung geraten sind. Das verdeutlicht, daß Unternehmer und Regierung gar nicht daran denken, den gewerkschaftlichen Verzicht auf ausreichende Lohnerhöhungen mit stabilen Preisen zu honorieren. Im Gegenteil! Die Unternehmer sind dabei, sich durch Preiserhöhungen — wovon unter anderem auch die Kölner Hausrat- und Eisenwarenmesse zeugt — zusätzliche Profitquellen zu erschließen. Daraus läßt sich nur einmal mehr der Schluß ableiten: Nicht die gewerkschaftspolitische Lohnpolitik, sondern das Streben der Unternehmer nach Superprofiten ist die Ursache für die ständigen Preiserhöhungen.

Für die Gewerkschaften kommt es nun darauf an, aus der einseitigen, zugunsten der Unternehmer verlaufenden Einkommensentwicklung bestimmte Konsequenzen zu ziehen. Diese sollten zunächst einmal darin bestehen, der Politik der „konzertierten Aktion“ die Mitarbeit aufzukündigen, was durchaus folgerichtig wäre, da sie eindeutig die Arbeitnehmer benachteiligte und ihre zweite Stufe — die „soziale Symmetrie“ — wie nicht anders zu erwarten war — ausgeblieben ist. Der nächste Schritt wäre dann die Rückkehr der Gewerkschaften zur aktiven Lohnpolitik, um durch kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen einer weiteren Zementierung der ungerechten Einkommensverhältnisse entgegenzuwirken.

Gert Büttner



# Für demokratische Strukturpolitik

**Auf den „Marktmechanismus“ ist kein Verlaß  
Wo bleibt die Strukturkonzeption der Gewerkschaften?**

„Die Erfahrung zeigt, daß der Marktmechanismus allein nicht ausreicht, um ein stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum herbeizuführen.“ Das schrieb Prof. Schiller vor Monaten im „Rheinischen Merkur“ (14. 6. 1968). Bemerkenswert ist diese Äußerung Schillers, weil er sonst die spontane Wirkung der „freien Marktkräfte“ als das beste Regulativ für eine prosperierende Wirtschaft — in trauter Gemeinschaft mit den Wirtschaftsexperten der CDU, der Unternehmerverbände und der Konzerne selbst — nicht genug preisen kann. Die Erfahrungen der Gewerkschaften mit dem Profit-Marktmechanismus sind allerdings seit Jahrzehnten gesicherte Erkenntnis. Es geht aber um die Praktizierung einer demokratischen Strukturpolitik.

In dem von der Gewerkschaft OTV herausgegebenen Handbuch der öffentlichen Wirtschaft (Stuttgart 1960, S. 62) wird z. B. festgestellt: „Der (Markt-) Automatismus hat nie funktioniert, es sei denn, daß man die Korrekturen durch Krisen als unvermeidbare Selbstheilung des erkrankten Wirtschaftskörpers hinnimmt.“ Für diese „Selbstheilung“ zahlen dann die Arbeiter mit Lohnabzug, Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, wie in der jüngsten Vergangenheit erlebt. Die kapitalistische Wirtschaft war nie und ist heute weniger denn je in der Lage, ein stetiges Wachstum zu sichern.

Otto Brenner erklärte auf dem 9. Gewerkschaftstag der IG Metall: „Die Sicherung des Wirtschaftswachstums erfordert nicht nur eine aktive Konjunkturpolitik, sondern gleichrangig und gleichzeitig eine moderne Strukturpolitik.“ — Strukturpolitische Entscheidungen oder anders ausgedrückt, längerfristige Pläne für die Hauptentwicklungsrichtungen in der Wirtschaft werden in der Tat immer dringlicher. Seit vielen Jahren gibt es chronische Strukturkrisen im Steinkohlenbergbau, in der Textilindustrie und in der Landwirtschaft.

Aber es vollziehen sich gegenwärtig nicht nur strukturelle Veränderungen zwischen den Industriezweigen. Die wissenschaftlich-technischen Umwälzungen erfassen auch die Beschäftigungs- und Qualifikationsstruktur. In wachsendem Umfang werden Landwirtschaft und Industrie in den kommenden Jahren Arbeitskräfte freisetzen, die in anderen Bereichen der Wirtschaft Beschäftigung suchen müssen; neue Berufe entstehen, viele traditionelle werden überflüssig oder verlieren zumindest stark an Bedeutung. Immer wichtiger für die künftige Wirtschaftsentwicklung wird auch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Investitionen im produktiven Bereich der Wirtschaft — Industrie, Landwirtschaft, Handel usw. — und in der Infrastruktur, also im Straßenbau, Bildungs- und Gesundheitswesen usw.

Nun gibt es allerdings auch in Bonn langfristige Pläne. An den Strukturveränderungen der Bundeswehr wird fieberhaft gearbeitet, ihre Stärke, Gliederung und Bewaffnung wird wissen-

schaftlich exakt und langfristig projektiert. Das Verteidigungsministerium verfügt auch über einen Finanzplan bis 1972, damit diese Projekte nicht etwa nur auf dem Papier bleiben. Wie aber wird das Ruhrgebiet 1972 aussehen? Wieviele Kumpel werden dann noch täglich einfahren können? Was wird aus denen, die keine Kohle mehr fördern?

Darauf kann und will die Bundesregierung keine Antwort geben, denn, so sagte der Wirtschaftsminister vor dem Bundestag, das wäre „Planifikation en detail“ (siehe Protokoll 131. Sitzung). Über das Schicksal der Kumpel soll vielmehr in den Aufsichtsräten der Zechengesellschaften bzw. der neuen Bergbau-Einheitsgesellschaft entschieden werden. Diese aber lassen sich nicht von einem volkswirtschaftlich rationalen, auf möglichst reibungsloses Wachstum orientierten Plan leiten, sondern, wie auch gar nicht anders zu erwarten, von ihren Profitinteressen. Erscheint es ihnen profitabel, werden sie investieren, weiter fördern und weiter Kumpel beschäftigen, wenn

## **Tarifikündigungen in Stahlindustrie und Metallverarbeitung**

Die Tarifkommissionen der IG Metall für die metallverarbeitende und die Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens haben Ende September beschlossen, dem Vorstand der IG Metall zu empfehlen, die Manteltarifverträge für Arbeiter und Angestellte in der metallverarbeitenden Industrie und der Eisen- und Stahlindustrie zu kündigen. Ferner soll der § I des Sonderabkommens für beide Beschäftigtengruppen in der eisenschaffenden Industrie Nordrhein-Westfalens gekündigt werden. Die Kündigungen sollen zum 31. Dezember 1968 erfolgen. In § I des Sonderabkommens ist die Zahlung von 50 Prozent eines Monateinkommens geregelt. Die IG Metall strebt die tarifliche Fixierung des 13. Monateinkommens an; sie will ihre Forderungen in den kommenden Wochen präzisieren.

nicht, werden sie stilllegen und entslassen. Mit den Belegschaften wird hierüber nicht beraten.

Ebenso verfahren die Stahlkonzerne; gegenwärtig modernisieren und erweitern sie ihre Kapazitäten. Was aber wird, wenn sich die erhofften Absatzchancen gegen die ausländische Konkurrenz nicht erfüllen? Dann wird die Staatskasse, wie jetzt im Bergbau, „Stilllegungsprämien“ zahlen, und nach harten Kämpfen der Gewerkschaft wird es dann vielleicht auch einen „Sozialplan“ geben. Die Bundesregierung überläßt also weiterhin die Herausbildung neuer Strukturen dem Marktmechanismus, wenn sie darauf verzichtet, exakte Branchenpläne auszuarbeiten und, was noch wichtiger ist, auch durchzusetzen. Auf den Marktmechanismus setzen heißt aber, die Arbeiter und Angestellten die Zeche zahlen lassen!

Die Bundesregierung verfügt auch nicht über wissenschaftlich fundierte längerfristige Entwicklungspläne für andere Bereiche, in denen sich gravierende Strukturprozesse vollziehen oder anbahnen. Studenten, Wissenschaftler und Kommunalpolitiker wissen ein Lied davon zu singen. Es gab und gibt zwar eine Reihe durchaus diskutabler Vorstellungen über ein neues Bildungssystem, über eine Hochschulreform, über modernen Wohnungs- und Städtebau, über die Sanierung der Dörfer — aber sie blieben bis jetzt auf dem Papier, weil sie, im Gegensatz zu den Zukunftsvisionen für die Bundeswehr, weder Gesetzeskraft noch finanzielle Sicherstellung erlangten und für das politische Konzept nicht so wichtig erscheinen.

Die Bonner Strukturpolitik entspricht mithin in keiner Weise den Forderungen, die von den Gewerkschaften, ausgehend von ihrem Grundsatzprogramm, immer wieder erhoben wurden. Es ist nunmehr an der Zeit, daß die Gewerkschaften eigene Pläne für die Zukunftssicherung und das wirtschaftliche Wachstum erarbeiten und ihnen staatliche Vollzugsverbindlichkeit erwirken. Mit einer Mitarbeit an der „konzertierten Aktion“, wie sie gegen erheblichen Widerstand von einigen jüngst stattgefundenen Gewerkschaftstagen bestätigt wurde, haben die Gewerkschaften keine Möglichkeit, die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu vertreten.

Ohne gewerkschaftliche Mitbestimmung aber gibt es keinen sozialen Fortschritt und gibt es keine Zukunft für eine gesicherte Demokratie. Und ohne Mitbestimmung der Arbeiter und Angestellten kann es eine weder den Interessen der Arbeiterschaft dienende demokratische Strukturpolitik noch ein gesichertes Wachstum der Wirtschaft geben. Dabei darf sich der Einfluß der Arbeiterschaft nicht nur auf die Unternehmensebene erstrecken, sondern ebenso auf alle Entscheidungen in den Bereichen der nationalen, supranationalen und internationalen Wirtschaftspolitik.



# Kohlenkrise weiterhin ungelöst

## IG Bergbau billigt Ruhrkohlen-Gesamtgesellschaft Zechensterben jetzt im Einheitsverband

Mit großer Mehrheit billigte eine Funktionärskonferenz der IG Bergbau und Energie Mitte Oktober in der Dortmunder Westfalenhalle den Plan der Bundesregierung und der Zechenunternehmer, für den Ruhrbergbau eine privatkapitalistische Einheitsgesellschaft zu gründen. Der Konferenzbeschluss erfolgte, obwohl fast alle Sprecher der Bergarbeiter schwerwiegende Einwände gegen den geplanten Bergbau-Superkonzern erhoben hatten. Für diese Inkonsistenz der Konferenzmehrheit, die den Herrschenden in Wirtschaft und Staat quasi einen Blankoscheck ausstellte, den die Bergarbeiter zu bezahlen haben, gibt es eine Reihe von Gründen.

Zunächst einmal hatte der Hauptvorstand der IGBE bewußt darauf verzichtet, den Betriebsfunktionären eine Alternative zu den Plänen der Bundesregierung und der Montanunternehmer vorzulegen. Viele der anwesenden Delegierten glaubten ferner in Verknennung der Machtverhältnisse in der Bundesrepublik und voller falscher Vorstellungen von der Politik der Regierung Kiesinger/Brandt, besonders was die Bereiche der Energiewirtschaft angeht, die Einheitsgesellschaft könne ihnen die Arbeitsplätze garantieren. Offensichtlich hatte die Mehrheit der Delegierten, Betriebsratsvorsitzenden und Schachtgewerkschaftsvorsitzenden noch nicht erkannt, wohin es führt, wenn der Gewerkschaftsvorsitzende Arendt in Klassenharmonie macht und die Arbeiterschaft in das monopolkapitalistische System zu integrieren sucht.

In der Tat dient die geplante Ruhrkohlen-Bergwerke AG ausschließlich dem Interesse der Konzernherren und hat die Aufgabe, den sogenannten Gesundheitskrüpplungsprozeß bei Absicherung der Unternehmergewinne zu forcieren. Die Vorstellungen der IGBE von der Einheitsgesellschaft wurden von Konzernherren und Bundesregierung nicht in einem einzigen entscheidenden Punkt erfüllt. So werden nur die alten, unmodernen Zechenkraftwerke mit einer Kapazität von zusammen 900 MW der Bergbau-Gesamtgesellschaft angehören, während die modernen, gewinnbringenden Kraftwerke mit einer Leistung von 5000 MW weiterhin im Besitz der sogenannten Altgesellschaften — also der Großaktionäre — verbleiben. Ähnlich verhält es sich mit der lukrativen Wohnungs- und Grundstückswirtschaft, die lediglich der „Verfügungsgewalt“ der Einheitsgesellschaft unterstellt werden soll.

Eine weitere Profitquelle sehen die Altgesellschaften in den Lieferverträgen für Kraftwerks- und Kokskohle, die zu möglichst günstigen Preisen abgeschlossen werden sollen. Dadurch besteht die Gefahr von „Knebelungsverträgen“, die zu Lasten der Einheitsgesellschaft gehen und somit ihre Existenzfähigkeit stark beeinträchtigen würden. Dazu kommt noch, daß sich nur 22 Bergwerkskonzerne mit einem

Anteil von 80,13 Prozent an der Gesamtförderung des Ruhrreviers bereit erklärt haben, der Gesamtgesellschaft beizutreten. Kein Wunder also, daß Bund und Land NRW eine Bürgschaft in Höhe von 3,3 Milliarden DM übernehmen mußten, damit die Einheitsgesellschaft den Großaktionären für die Dauer von 20 Jahren einen Betrag von jährlich 185 Millionen DM zahlen kann.

Indes machte IGBE-Vorsitzender Arendt auf der Funktionärskonferenz in Zweckoptimismus und behauptete, die geplante Einheitsgesellschaft sei ein großer Erfolg der Gewerkschaft. Zum ersten Male habe die IG Bergbau und Energie eine grundsätzliche wirtschaftspolitische Konzeption durchgesetzt. Arendt, der in puncto Einheitsgesellschaft wenig Sachargumente vorzutragen wußte, konnte damit nicht das große Unbehagen unter den Betriebsfunktionären aus der Welt schaffen. Das widerspiegelte sich besonders deutlich im Verlauf der mehrstündigen Diskussion, bei der 24 der insgesamt 26 Redner Einwände gegen die Konzeption von Bundesregierung, Konzernherren und Gewerkschaftsvorstand erhoben.

So erklärte der Delegierte Heinz Pedra aus Gelsenkirchen, durch die Einheitsgesellschaft werde sich nicht das geringste an den bestehenden Besitz- und Machtverhältnissen ändern. Es sei an der Zeit, daß die Zechenherren abtreten und der Bergbau endlich in Gemeineigentum überführt werde.

Ähnlich äußerte sich auch der Betriebsratsvorsitzende Karl Lipaczyk aus Oberhausen. Der Redner verlangte eine Einschränkung der Macht der Konzerne durch Ausweitung der Mitbestimmung. „Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Einheitsgesellschaft müssen über ein Vetorecht verfügen, mit dem sie alle gegen die Belegschaften gerichteten Entscheidungen blockieren können“, forderte Lipaczyk.

Der Delegierte Gottfried Zahn aus Essen betonte, die IGBE dürfe der Einheitsgesellschaft nur zustimmen, wenn sämtliche Zechen sowie die Kraftwerks-, Wohnungs- und Grundstücks-

wirtschaft in die Bergbau-Gesamtgesellschaft mit einbezogen würden. Ebenso wie den Zechenunternehmern, verlangte Zahn, müßten auch den Kumpeln für die Dauer von zwanzig Jahren Garantien hinsichtlich des Lohnes und der Arbeitsplätze gewährt werden.

Der Delegierte Hermann Mahr aus Duisburg forderte, die Einheitsgesellschaft müsse ein menschliches und soziales Gepräge bekommen. Auch sei sie nicht vom Bonner Kohle-Anpassungsgesetz zu trennen. Es gelte vor allem, die Arbeitsplätze und Löhne zu sichern. In diesem Zusammenhang sagte Mahr, an die Adresse der Regierungen in Bonn und Düsseldorf gewandt: „Wer die Bürgschaft für 20 Jahre übernimmt, muß auch für 20 Jahre die soziale Sicherheit der Kumpel garantieren.“

Manfred Sokolof warnte: „Die Einheitsgesellschaft bedeutet kein Ende des Zechensterbens.“ Vielmehr drohe Zehntausenden von Bergarbeitern der Verlust des Arbeitsplatzes. Es gebe nur einen Ausweg aus der Krise, nämlich die Überführung des Bergbaus und darüber hinaus der gesamten Energiewirtschaft in Gemeineigentum.

Gewerkschaftsvorsitzender Arendt hatte diesen berechtigten, wohlbegründeten Einwänden der Betriebssprecher wenig entgegenzusetzen. Sein Hauptargument war, zum vorliegenden Plan für die Einheitsgesellschaft gebe es keine Alternative. Demagogisch meinte Arendt, wer nicht für die vereinbarte Gesamtgesellschaft sei, wolle die Unordnung im Bergbau zementieren. Als SPD-Bundestagsabgeordneter appellierte er an die anwesenden sozialdemokratischen Gewerkschafter: „Es paßt einigen Leuten offenbar nicht, daß der sozialdemokratische Bundeswirtschaftsminister Schiller das Problem der Kohlenkrise gelöst hat.“ Ohne den Beweis für diese Behauptung anzutreten, verdeutlichte Arendt schließlich, was er von der IGBE-Satzung hält, in der ausdrücklich die Überführung des Bergbaus in Gemeineigentum gefordert wird. „Wo kommen wir hin, wenn wir uns immer an die Satzung halten!“

Die Dortmunder Funktionärskonferenz der IGBE hat ohne Zweifel eine Fehlentscheidung getroffen. Das sollte man den Gewerkschaftsmitgliedern klarmachen, damit sie sich in Sachen Einheitsgesellschaft keinen Illusionen hingeben. Denn mit der kapitalistischen Ruhrkohlen-Bergwerke AG sind die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bergarbeiter nicht zu lösen. Was ihnen in den nächsten Jahren bevorsteht, sind neue Zechenstillegungen, verbunden mit einer Reduzierung der Gesamtbelegschaft um mindestens 80 000 Mann. Deshalb sollte man die Zechenbelegschaften heute schon darauf vorbereiten, sich zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu rüsten und durch gewerkschaftliche Aktionen eine neue Wirtschafts- und Energiepolitik zu erzwingen. G. B.



# Größte Steuerlast für Arbeitnehmer

**Zweierlei Steuerrecht für Besitzende und Besitzlose  
Gewerkschaftsbund fordert demokratische Steuerreform**

Mehr denn je gilt heute die Feststellung: Der Bundeshaushalt wird vor allem auf Kosten der Arbeitnehmer ausgeglichen. An dieser Tatsache hat sich auch unter der Regierung der Großen Koalition nichts geändert. Die größte Belastung erwächst dabei den Arbeitnehmern aus der Steuerprogression.

Als Folge der Steuerprogression, der nur die Lohnsteuer unterworfen ist, hat sich für die ersten 8 Monate 1968 folgendes Bild ergeben: Während die gesamten Steuereinnahmen von Bund und Ländern ohne die Lohnsteuer nur um 5,6 Prozent zunahmen, sind die Lohnsteuereinnahmen um 10,7 Prozent gestiegen, wobei allein im August 1968 der Anstieg 15 Prozent betrug. Bonn kann also frohlocken. Denn mit Lohnsteuermehreinnahmen von 1,28 Milliarden DM gegenüber den ersten 8 Monaten des Jahres 1967 ist der in der amtlichen Steuervorausschätzung der Bundesregierung für das gesamte Jahr 1968 erwartete Zuwachs von 1,14 Milliarden DM bereits Ende August um 150 Millionen DM oder 10 Prozent übertroffen worden. Damit setzte sich ein Trend fort, der bereits in der Ära Adenauer begann und in der Zeit von 1959 bis 1967 dazu geführt hat, daß sich das Lohnsteueraufkommen von 30,8 auf 44,5 Prozent erhöhte, während der Anteil der veranlagten Einkommensteuer am gesamten Steueraufkommen von 38,2 auf 35,9 Prozent zurückging.

Es liegt auf der Hand, daß von dieser offensichtlichen Steuerungerechtigkeit ausschließlich die Unternehmer profitieren, für die von Regierung und Parlament Steuergesetze verabschiedet wurden, die völlig ihren Interessen entsprechen. Das gilt besonders für die Mehrwertsteuer, mit der die Regierung der Großen Koalition vor allem die Großunternehmen steuerlich entlastet hat. Dazu kommt noch ein Steuersystem, das Steuerumgehungen oder Steuergeschenke in Milliarden-Höhe zuläßt.

Es sind im wesentlichen folgende Möglichkeiten, die es den westdeutschen Großverdienern gestatten, durch die weiten Maschen der Bonner Gesetzgebung zu schlüpfen: Steuerfreiheit für Wertpapiere, Steuerflucht ins Ausland, Bankgeheimnis gegenüber der Steuerverwaltung, Fehlen einer inländischen Cuponsteuer, niedrige Erbschaftssteuer, Steuerfreiheit für Gewinn bei Bodenspekulation und durch öffentliche Förderung von Miethäusern, steuerliche Abzugsfähigkeit von Werbungskosten, Steuerfreiheit für Dividenden in Form von Gratisaktien, Steuerbegünstigung bei Pensionsrückstellungen und Steuernachlässe bei außergewöhnlichen Belastungen.

Wie ungerecht heute die Steuergesetzgebung bestimmte Personengruppen

begünstigt, zeigte der Vorsitzende des Bundes der Steuerbeamten, Fredersdorf, an zwei Beispielen auf: Ein Bauunternehmer hat jährlich aus 200 Häusern, die er auf eigenen Grundstücken zum Selbstkostenpreis baute, Mieteinnahmen in Höhe von 2 Millionen DM. Er konnte 2,25 Millionen Sonderabschreibungen, also ein Steuerminus von 250 000 DM geltend machen und sparte damit eine Million DM Steuer ein. Ein Gewerbetreibender buchte einschließlich Pacht einen Gewinn von 1,5 Millionen DM. Für die Sonderabschreibung eines Geschäftshauses in Berlin setzte er 2 Millionen DM ab, Steuerminus 500 000 DM, Steuerersparnis auf diese Weise 750 000 DM.

Mit anderen Worten: Die Großverdiener können sich auf ganz legale Art und Weise vor der Steuerzahlung drücken, während die Arbeitnehmer durch

die Steuerprogression in immer größerem Umfang zur Finanzkasse gebeten werden. So stand beispielsweise im ersten Halbjahr 1968 einem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter um nur 2,6 Prozent eine Erhöhung der Lohnsteuerabzüge um 12,4 Prozent gegenüber. Das bedeutet, daß sich der Staat von jedem Tarifausschluß eine immer größere Scheibe abschneidet. Wodurch die Arbeitnehmer um die Früchte der Lohn- und Gehaltserhöhungen gebracht werden. Einzig und allein aus dem Grund, damit die Rüstungskosten heraufgesetzt werden können, deren Lasten Bonn natürlich nicht den Unternehmern aufbürden will.

Deshalb ist es nur recht und billig, wenn nun der DGB auf eine Steuerreform drängt, mit dem Ziel, die Steuerprogression abzuschaffen und den Spitzensteuersatz über die bisherige 53-Prozent-Grenze hinaus zu erhöhen. Darüber hinaus wäre es notwendig, die Steuergesetzgebung so zu verändern und zu vereinfachen, daß es künftig für Großverdiener keine Steuerumgehungen oder Steuergeschenke mehr gibt. Nur so und nicht zuletzt dadurch, daß die Lohnsteuerzahlung erst bei Einkommen über 1500 DM monatlich einsetzt, kann endlich der Zustand einer wirklichen Steuergerechtigkeit hergestellt werden.

B. Gertner

## Kleiner Schritt zum 13. Monatseinkommen

Die Gewerkschaften OTV und DAG haben einen weiteren Schritt in Richtung auf das 13. Monatseinkommen im öffentlichen Dienst tun können. Nach zähen Verhandlungen gelang es ihnen, die Zuwendungstarife für die 1,2 Millionen Arbeiter und Angestellten bei Bund, Ländern und Gemeinden noch in diesem Jahr zu verbessern. Nach der Übereinkunft zwischen den Gewerkschaften — die Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands und die Deutsche Postgewerkschaft haben gleichlautende Abkommen geschlossen — und den Arbeitgebern wird die bisherige sogenannte Drittel-Zuwendung, also das Weihnachtsgeld, 1968 auf 40 v. H. erhöht. 1969 und 1970 wird ein halbes und 1971 werden zwei Drittel eines Monatsgehaltes gezahlt. Außerdem erhöhen sich die Sonderzuschläge für Kinder. Allerdings ist der Tarifvertrag über die Zuwendungen erst 1973 kündbar. Unter der Voraussetzung, 1969 über die Verbesserung der Anspruchsvoraussetzungen zu verhandeln, hat die Große Tarifkommission der OTV dem Kompromiß zugestimmt. Die OTV fordert vom Gesetzgeber, daß der Stu-

fenplan über die Zuwendungen, wie im ersten Vertrag von 1964, auch für die 1,3 Millionen Beamten und Richter und die Soldaten verbindlich ist. Zwischen 1964 und 1971, wenn das zweite Drittel erreicht wird, liegen 8 Jahre. Nun wird es Zeit, das bereits zugesicherte volle 13. Monatsgehalt mit mehr Nachdruck anzustreben.

Unabhängig von den Verhandlungen über die Erhöhung des Weihnachtsgeldes sind die Gespräche über die zum 31. Dezember 1968 gekündigten Lohn- und Gehaltstarife für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst angelaufen. Außer einer Erhöhung der Löhne und Gehälter um 8 Prozent wünscht die OTV für die Arbeiter in diesem Bereich ein neues Lohnsystem, das mit der Einführung von Monatslöhnen verbunden ist. Das erste Angebot der öffentlichen Arbeitgeber, die Ecklöhne und die Grundvergütungen ab 1. Januar 1969 um 3 Prozent zu erhöhen und das neue Lohnsystem aus den Verhandlungen auszuklammern, wurde entschieden zurückgewiesen.

U. S.



# Aufschlußreicher „Sozialbericht 1968“

**Fast 90 Prozent aller Sozialrenten unter 550,- DM**

**Starke Benachteiligung der Rentner — Negative Bilanz**

Die Bundesregierung hat als Material zu dem Entwurf für das 11. Renten Anpassungsgesetz (s. NA Nr. 10/1968) den „Sozialbericht 1968“ veröffentlicht. Der Bericht ist die aktuellste amtliche Übersicht über die Zahl und Höhe der Sozialrenten und die finanzielle Situation der gesetzlichen Rentenversicherung.

Nach dem Sozialbericht wurden im Januar 1968 (ohne Knappschaftsausgleichleistungen und Renten der Handwerkersversicherung) 9 183 000 Sozialrenten gezahlt. Davon zahlte die Rentenversicherung der Arbeiter 69,3 Prozent, die Angestelltenversicherung 22,8 Prozent aller Renten und den Rest von 7,9 Prozent die knappschaftliche Rentenversicherung.

Für Januar 1968 weist der Sozialbericht die durchschnittliche Höhe der Sozialrenten wie folgt aus:

Rentenversicherung der Arbeiter	
	DM
Berufsunfähigkeitsrenten	147,40
Erwerbsunfähigkeitsrenten	212,90
Altersruhegeld ab 65 Jahre	284,90
Witwenrenten	198,60
Angestelltenversicherung	
	DM
Berufsunfähigkeitsrenten	188,20
Erwerbsunfähigkeitsrenten	305,60
Altersruhegeld ab 65 Jahre	496,90
Witwenrenten	297,00

Der Sozialbericht enthält auch eine Übersicht über die Schichtung der Renten nach ihrer Höhe am 1. April 1968 in der Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten. Von den 8 039 800 Renten der beiden Versicherungszweige lagen zu diesem Zeitpunkt 7 127 900, das sind 88,7 Prozent, unter 550 DM im Monat. Die Schichtung zeigt im einzelnen folgendes Bild:

Erwerbsunfähigkeits- und Altersrenten Rentenversicherung der Arbeiter			
Männer			
Geldbetrag	Gesamtzahl	Prozent	
bis 350 DM	761 900	41,4	
350 bis 500 DM	531 500	28,8	
500 DM und mehr	548 400	29,8	
Frauen			
bis 350 DM	1 683 800	97,1	
350 bis 500 DM	46 800	2,7	
500 DM und mehr	3 900	0,2	
Angestelltenversicherung			
Geldbetrag	Gesamtzahl	Männer Prozent	
bis 350 DM	110 800	17,7	
350 bis 500 DM	98 200	15,7	
500 DM und mehr	417 200	66,6	
Frauen			
bis 350 DM	319 200	63,8	
350 bis 500 DM	85 400	17,1	
500 DM und mehr	95 300	19,1	

Witwenrenten — Rentenversicherung der Arbeiter		
Geldbetrag	Gesamtzahl	Prozent
bis 210 DM	1 049 000	49,6
210 bis 300 DM	688 300	32,6
300 DM und mehr	376 500	17,8

Angestelltenversicherung		
Geldbetrag	Gesamtzahl	Prozent
bis 210 DM	195 300	25,2
210 bis 300 DM	160 400	20,7
300 DM und mehr	419 900	54,1

Die im Sozialbericht 1968 enthaltenen Übersichten über die durchschnittliche Höhe und die Schichtung der Renten nach ihrer Höhe bestätigen, daß die große Mehrheit der Sozialrenten nicht ausreicht, um einen erheblichen sozialen Abstieg nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben oder für die Witwen zu verhindern, wenn es den Rentnern nicht möglich ist, durch andere Einnahmequellen einen Ausgleich zu schaffen. Das wird sich auch durch die nächstjährige 11. Renten Anpassung nicht ändern. Wenn man von der im Sozialbericht angegebenen durchschnittlichen Höhe aller Versicherten- und Witwenrenten per April 1968 ausgeht, wird sich die durchschnittliche Höhe der Renten durch die 11. Renten Anpassung wie folgt ändern:

Rentenversicherung der Arbeiter	
Versichertenrenten	270,30 DM + 22,40 DM = 292,70 DM
Witwenrenten	213,80 DM + 17,80 DM = 231,60 DM
Angestelltenversicherung	
Versichertenrenten	469,10 DM + 38,90 DM = 508,— DM
Witwenrenten	319,30 DM + 27,10 DM = 346,40 DM

Trotz der seit 1957 erfolgten zehn Renten Anpassungen haben die Sozialrenten mit der Entwicklung der Wirtschaft nicht Schritt gehalten. Im Sozialbericht wird das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik für das Jahr 1967 mit 483,6 Milliarden DM ausgewiesen. Für das Jahr 1968 wird nach neuesten Schätzungen mit einer Steigerung um 5,5 Prozent gerechnet. Das ergibt ein Bruttosozialprodukt von 510 Milliarden DM. 1957 hatte das Bruttosozialprodukt eine Größe von 213,6 Milliarden DM. Eine Steigerung also um 138,9 Prozent. Die Sozialrenten aber sind mit der 10. Renten Anpassung zum 1. Januar 1968 nur um 98,32 Prozent gegenüber

dem Stand von 1957 erhöht worden. Der Anteil der Rentner am wirtschaftlichen Gesamtprodukt, der auch schon 1957 nicht hoch war, ist also weiter erheblich zurückgegangen.

Erstmals seit der Währungsreform haben die Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung 1967 das Jahr mit einem Verlust in Höhe von 2,2 Milliarden DM abgeschlossen. Bis 1966 wurden noch Überschüsse erzielt. Der Sozialbericht enthält die vom Bundesarbeitsministerium bereits im Sommer veröffentlichte Vorausschätzung über die weitere defizitäre Entwicklung der Finanzen der Rentenversicherung bis 1972, insbesondere der Rentenversicherung der Arbeiter, die in den NACHRICHTEN Nr. 8/1968 („Ruin der Rentenversicherung?“) schon kommentiert wurde. Die Einnahme- und Ausgabeentwicklung der Rentenversicherung bestätigt, in welchem starkem Umfang der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtausgaben der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung zurückgegangen ist: Von 30,9 Prozent im Jahre 1957 auf 18,9 Prozent im Jahre 1967.

Bekanntlich drängt die Bundesbank darauf, daß diese Funktion der Rentenversicherung als bedeutende „Kapitalsammelstelle“ für Staat und Unternehmerwirtschaft erhalten bleibt. Die Arbeitnehmer und Rentner sollten ihrerseits darauf drängen, daß die Anlage der aus ihren Beiträgen angesammelten Kapitalien ausschließlich unter sozialen Gesichtspunkten und nur in einer Form erfolgt, daß jederzeit darüber zugunsten der Versicherten und Rentner verfügt werden kann.

A. Böpple

## 3 Millionen Angestellte nicht versicherungspflichtig

Erstmals wurde die Zahl der Angestellten in der Bundesrepublik ermittelt, die in der gesetzlichen Krankenversicherung nicht pflichtversichert sind, weil ihr Bruttoverdienst im Monat 900 DM übersteigt. Es sind nach einer vom baden-württembergischen Arbeits- und Sozialministerium veröffentlichten Untersuchung 2,7 bis 3,6 Millionen. Würde die Versicherungspflichtgrenze auch in der Krankenversicherung für die Angestellten aufgehoben, wie es die Gewerkschaften fordern, so würde sich dadurch für die Arbeitgeber eine jährliche Mehrbelastung von 1,3 bis 2,3 Milliarden DM ergeben. Die Angestellten, die jetzt freiwillig versichert sind und ihren Beitrag allein zahlen müssen, würden entsprechend entlastet werden. Bei Aufhebung der Versicherungspflichtgrenze und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf 1200 DM würden die Einnahmen der gesetzlichen Krankenversicherung um 1,1 bis 1,4 Milliarden DM, bei einer Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze auf 1600 DM um 1,5 bis 2 Milliarden DM steigen, hat das baden-württembergische Ministerium errechnet.



# Kirche und Arbeitnehmerfragen

## Vollversammlung der evangelischen Aktionsgemeinschaft „Sozialer Notstand ist ein Bildungsnotstand“

Die Kirchen in der Bundesrepublik können sich — das wird immer deutlicher — den gesellschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen unserer Zeit nicht mehr entziehen. Das zeigen die heftigen Diskussionen innerhalb der Kirche selbst — so auf dem letzten Katholiken-Tag in Dortmund — und die zunehmende politische Anteilnahme der Geistlichen und Laien besonders im Bereich jener Probleme, die sich mit der gesellschaftlichen und sozialen Situation der Arbeitnehmer befassen. So will der „Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland“ in Kürze eine Denkschrift zur Mitbestimmung veröffentlichen, die sich positiv mit den gewerkschaftlichen Forderungen beschäftigen soll.

Diese Denkschrift des EKD möglichst bald vorzulegen, war u. a. eine Forderung der Vollversammlung der evangelischen „Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen“, die im Oktober in Nürnberg tagte. Die Vollversammlung, in der Öffentlichkeit noch zu wenig bekannt, setzte sich zusammen aus der „Vertreterversammlung der Arbeitsgemeinschaft kirchlicher Werke und Einrichtungen“ (Industrie- und Sozialpfarrer evangelischer Akademien und Bildungsinstitutionen, evangelische Industriejugend, sachkundige Persönlichkeiten usw.) und der Bundeslagung der „Evangelischen Arbeitnehmererschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ (EAN.) Beide Organisationen erhalten die finanziellen Mittel vom EKD zur Verfügung gestellt.

Die EAN ist nicht identisch mit der „Evangelischen Arbeiterbewegung in Deutschland“ (EAB). Es gibt zwar Bestrebungen, daß beide evangelischen Arbeitnehmerorganisationen zusammenarbeiten; aber es blieb bisher im wesentlichen nur bei Vereinbarungen. Wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten, z. B. in der Frage der Beteiligung am christlich-sozialen Arbeitnehmerkongreß, konnten diese Vereinbarungen bisher nicht realisiert werden.

Die ev. Aktionsgemeinschaft hat nicht nur von Anfang an die Neugründung christlicher Gewerkschaften abgelehnt, sondern steht auch dem „Christlich-sozialen Arbeitnehmerkongreß“ reserviert gegenüber. In dem „Ständigen Ausschuß“ dieses vor allem von der CDU/CSU ins Leben gerufenen Kongresses war sie bisher lediglich mit zwei Beobachtern vertreten. In dem in Nürnberg vorgelegten Geschäftsbericht wird kritisiert: „Die bisherigen Großveranstaltungen des Kongresses zielten meist in Bundestagswahljahren auf eine Unterstützung der Christlich-Demokratischen Union hin . . . Der nächste Christlich-soziale Kongreß findet im Frühjahr 1969 statt. Dies ist ein Zeitpunkt, in dem faktisch schon der Bundestagswahlkampf eröffnet ist.“

Die Aussage, daß dieser Kongreß der CDU/CSU aktive Wahlhilfe leistet, wird durch ein Zitat aus dem letzten Tätigkeitsbericht des Arbeitnehmerkongresses

ses erhärtet: „Bei nüchterner Einschätzung der Kräfteverhältnisse stellt sich der Christlich-sozialen Bewegung die dringliche Aufgabe, die Arbeit in der CDU mehr Beachtung zu widmen und die Mitarbeit und Einflußnahme in diesen Gremien zu verstärken.“ Auf Grund der Tatsache, daß der Christlich-soziale Arbeitnehmerkongreß eine „eigene Partei- und Gewerkschaftsarbeit entwickelt“, hat die ev. Aktionsgemeinschaft ihre bisherige Beobachterposition aufgegeben und sich aus dem Kongreß zurückgezogen.

Die Tätigkeit der Aktionsgemeinschaft vollzieht sich zu einem großen Teil in sechs verschiedenen Ausschüssen, z. B. für Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, Industriejugend- und Frauenerwerbsarbeit und Verbindungsarbeit zu den Gewerkschaften. In diesen Ausschüssen wird zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik mitunter sehr kritisch Stellung genommen. Das zeigte sich auch bei der Vollversammlung in Nürnberg, wo es besonders um Probleme der Berufsausbildung ging.

Burkhard Lutz charakterisierte das Ausbildungssystem in der Bundesrepublik als „mangelhaft“, weil damit keine ideale Zukunft gestaltet werde. Lutz wies nach, daß die traditionelle Berufsstruktur zunehmend verschwindet, aber nach wie vor für diese veraltete Struktur ausgebildet werde. Darum sei das westdeutsche Berufsausbildungssystem

### „Quelle“-Redakteur Helbing tödlich verunglückt

Im Alter von 47 Jahren ist der Chefredakteur der DGB-Funktionärszeitschrift „Die Quelle“, Horst Helbing, durch einen tragischen Unglücksfall ums Leben gekommen. Helbing gehörte im vergangenen Jahr der von Ludwig Rosenberg geleiteten ersten DGB-Delegation an, die die Sowjetunion besuchte. Als verantwortlicher Redakteur der „Quelle“ ist Helbing besonders in jüngster Zeit durch bemerkenswerte Arbeiten zu gewerkschaftspolitischen Grundsatzfragen hervorgetreten.

so programmiert, daß es ungelernete Arbeiter und Angestellte produzieren müsse.

Diese Analyse erhärtete Felix Kempf vom DGB. Er gab u. a. bekannt, eine Befragung habe ergeben, daß ein Viertel der Lehrlinge nur bis zu vier Stunden täglich ausgebildet werde und die restliche Arbeitszeit zur Hilfs- und Nebenarbeit herangezogen werde, die der Ausbildung fremd wäre. Er bezeichnete die Berufsschule als „Stiefkind des (west)deutschen Bildungswesens“. Im Bundesdurchschnitt werde nur sechs Stunden je Woche Berufsschulunterricht erteilt. „Dies ist trotz höherer theoretischer Anforderungen an die Berufsschule weniger als vor 1933.“

In der nachfolgenden Diskussion wurde diese Kritik von den Vertretern der evangelischen Arbeitnehmererschaft zum Teil noch erhärtet. Dies hatte zum Ergebnis, daß die von der Leitung der Aktionsgemeinschaft vorgelegte Entscheidung zum Hauptthema „Ausbildung für morgen“ nicht gebilligt, sondern einer Kommission überwiesen wurde, die einen neuen Entwurf vorlegen soll. Dafür nahm die Vollversammlung eine kurze Manifestation an, in der es heißt: „Der Einsatz der Mittel für eine rasche technische und wirtschaftliche Entwicklung übertrifft um ein Vielfaches den Einsatz für die notwendige Ausbildung. Der soziale Notstand der Gegenwart ist ein Bildungsnotstand, der immer größere Ausmaße annimmt. Die Arbeitnehmer werden die Opfer dieser Entwicklung sein.“

Einer der beiden neugewählten Vorsitzenden der Aktionsgemeinschaft, Sozialpfarrer der hannoverschen Kirche, Wilhelm Fahlbusch (anstelle des zurückgetretenen D. Dr. Eberhard Müller, Direktor der Ev. Akademie Bad Boll), hat in seinem Schlußwort einige Grundprobleme unserer Zeit angedeutet. Die Fragen, die das Proletariat des 19. Jahrhunderts gestellt habe, seien zu einem erheblichen Teil noch immer nicht gelöst. Auf Grund der „technischen Revolution“ stelle sich das Proletariat heute in einer neuen Form.

Die Haltung der Mehrheit der Delegierten offenbarte, daß sie in wichtigen Teilfragen bereit sind, die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen. Hier zeigen sich durchaus positive Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit mit den christlichen Arbeitern und Angestellten innerhalb des DGB. Sicher ist der auf einer marxistischen Position stehende Gewerkschafter in vielen, vor allem weltanschaulichen Fragen einer anderen Auffassung als die Vertreter dieser von der evangelischen Kirche getragenen Aktionsgemeinschaft. Jedoch wäre es notwendig, sowohl innerhalb der Gewerkschaften des DGB als auch z. B. bei Veranstaltungen der evangelischen Akademien den Dialog von Marxisten und Christen zu suchen, um gemeinsam gegen die Macht des Großkapitals den Kampf aufzunehmen und der Arbeiterschaft einen größeren Einfluß in Betrieb und Wirtschaft, Staat und Gesellschaft zu sichern. Dr. P.



# Dritte Hochschulreform in der DDR

## Studenten haben wichtige Mitbestimmungsrechte Das Hochschulwesen wird laufend weiterentwickelt

Wissenschaftler, Studenten, Arbeiter und Angestellte in der DDR leisten in diesen Wochen und Monaten gemeinsam mit Vertretern der Staatsorgane, der Parteien und der demokratischen Massenorganisationen eine umfangreiche Arbeit. Sie führen an den Universitäten und Hochschulen die sozialistische Hochschulreform durch. Es ist bereits die dritte umfassende und tiefgreifende Veränderung des Lebens an den Hohen Schulen der DDR.

In ihrer äußeren Form zeigen sich diese Veränderungen zwar als Reform; ihrem Inhalt und Wesen nach waren und sind es revolutionäre Prozesse, wie sie in der Geschichte der deutschen Universitäten und Hochschulen noch nicht dagewesen sind. Sie waren stets mit den gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR eng verbunden und sind selbst deren untrennbarer Bestandteil. Mit der sozialistischen Hochschulreform werden Entwicklungslinien für das Hochschulwesen vorgegeben, deren Wirksamkeit auch über das Ende unseres Jahrhunderts hinaus sichtbar sein wird.

Ganz im Gegensatz zu den vielen Diskussionen über eine Hochschulreform in Westdeutschland haben in der DDR alle Beratungen und Diskussionen zu effektiven Veränderungen geführt. Dabei wurde stets mit den Wissenschaftlern und den Studenten beraten sowie mit ihnen und durch sie die erforderliche Arbeit geleistet. Allein an der Diskussion um die prinzipiellen Aufgaben der Hochschulreform hat sich jeder zweite Student beteiligt, und viele wertvolle Vorschläge gingen aus solchen Diskussionen hervor.

Die sozialistische Hochschulreform ist Ausdruck der Kontinuität der Hochschulpolitik der SED und der Regierung der DDR. Viele der Aufgaben, die heute noch im Mittelpunkt der Debatten in der Bundesrepublik stehen, wurden bereits im Zuge der ersten Hochschulreform in den Jahren 1945/46 im wesentlichen gelöst.

In dem von Hitler-Gegnern verbreiteten „Aufruf für die deutsche Volksfront, für Frieden, Freiheit und Brot“ vom 14. Januar 1937 wurde gefordert: „Die Befreiung der Wissenschaft von allen Fesseln. Neuaufbau aller Unterrichtsanstalten in freiheitlichem und modernem Geist.“ Das Potsdamer Abkommen fixierte diese Forderungen mit den Worten: „Das Erziehungswesen in Deutschland muß so überwacht werden, daß die nazistischen und militaristischen Lehren völlig entfernt werden und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.“ Deshalb sind solche Forderungen wie die Möglichkeit des Studiums für Kinder von Arbeitern und Bauern und die materielle Sicherung des Studiums durch Stipendien, sowie bewußte Bildung und Erziehung der Studenten im Sinne des Friedens, der Völkerverständigung, der Demo-

kratie und des Sozialismus an den Hohen Schulen der DDR seit über zwei Jahrzehnten Wirklichkeit.

Die dritte Hochschulreform knüpft einerseits an diese Entwicklung an und führt sie weiter. Auf der anderen Seite jedoch kann sie nur verstanden werden, wenn sie als die Antwort des Hochschulwesens der DDR auf eine Reihe neuer herangereifter Fragen von großer Tragweite begriffen wird. Um es vorwegzunehmen, es ist eben nicht die aus den Bedürfnissen der allgemeinen Wissenschaftsentwicklung

~~~~~  
An den Hochschulen der westlichen Welt gärt es. Die Studenten wollen den „Mief von tausend Jahren“ beseitigen. In der Bundesrepublik wird statt der geforderten Reformen Polizei gegen Studenten und Hochschüler in Bewegung gesetzt... In der DDR wird gerade die dritte Hochschulreform realisiert. Wir baten den Direktor für Kultur- und Öffentlichkeitsarbeit der Humboldt-Universität in Berlin, Dr. Joachim Lojewski, um einige Erläuterungen. Lesen Sie dazu diesen Artikel.

~~~~~  
und der wissenschaftlich-technischen Revolution notwendig gewordene Umorganisation der Hochschule, ein „Angleichen an die Erfahrungen des Westens“.

Im Verlaufe der letzten Monate, in denen die Diskussionen in der DDR zu bestimmten ersten konkreten Schlußfolgerungen und Maßnahmen führten, haben sich auch neue Verhältnisse, sozialistische Verhältnisse der Zusammenarbeit aller Hochschulangehörigen herausgebildet. Sozialistische Partnerschaft zwischen Hochschullehrern und Studenten bestimmt immer mehr das Bild in Lehre und Erziehung. In der DDR werden die Studenten nicht nur vom Minister für Hochschulwesen empfangen, sie gehören nicht lediglich dem Hoch- und Fachschulrat an, sondern ihre im Zusammenwirken mit dem Lehrkörper entwickelten Gedanken wurden in vielen Fällen Grundlage neuer Studienpläne.

An der Berliner Humboldt-Universität haben beispielsweise Lehrerstudenten

der Germanistik wesentliche Verbesserungen ihres Ausbildungsplanes vorgeschlagen, Biologiestudenten erarbeiteten den Studienplan völlig neu; beide Materialien wurden vom Ministerium in Kraft gesetzt und an ihrer Verwirklichung wird bereits gearbeitet. Auf diese Zusammenarbeit beschränkt sich jedoch die sozialistische Demokratie an den Universitäten und Hochschulen der DDR nicht. Da gibt es keinen „Mief der Jahrhunderte“ und keine Hierarchie als Basis autoritären Denkens und Handelns.

Die Gemeinsamkeit der Lehrenden, Lernenden und Arbeitenden ist das Grundprinzip der gesamten Tätigkeit. Neue weiterführende Gremien für die Leitung der Universitäten sind geschaffen worden. Den Rektor, der als wissenschaftliche und leitende Persönlichkeit an der Spitze der Universität steht, beraten in seiner Tätigkeit neben den Prorektoren vor allem zwei Räte: Der Gesellschaftliche Rat und der Wissenschaftliche Rat. Während im Gesellschaftlichen Rat Vertreter der gesellschaftlichen Praxis gemeinsam mit den vom Konzil gewählten Beauftragten aus den Reihen der Professoren, Dozenten, jungen Wissenschaftler und Studenten sowie der Arbeiter und Angestellten der Universität das demokratische Recht der Beratung und auch der Kontrolle ausüben, werden im Wissenschaftlichen Rat Probleme der wissenschaftlichen Entwicklung der Universität, die aus den grundsätzlichen Tendenzen der Entwicklung in Lehre und Forschung herausgearbeitet werden, behandelt. Auch in diesem vom Rektor berufenen Gremium sitzen neben den Hochschullehrern als völlig gleichberechtigte Partner Vertreter der Studentenschaft.

Die Universitäten haben sich schließlich in Form des Konzils, das bis zur Hochschulreform die Vollversammlung der Professoren und Dozenten war, die Vertreterkonferenz aller Hochschulangehörigen geschaffen. Vor diesem neuen Konzil legt der Rektor Rechenschaft über seine Leitungstätigkeit ab und begründet die Aufgaben für das nächste Jahr. Das Konzil wird in Zukunft den Rektor wählen. Um eine intensivere wissenschaftliche und erzieherische Arbeit leisten zu können, wurden Sektionen ins Leben gerufen. Einheiten, die in gegenseitiger Kooperation und in enger Zusammenarbeit mit der gesellschaftlichen Praxis die höchstmögliche Effektivität in Lehre und Forschung gewährleisten.

Sozialistische Hochschulreform bedeutet demnach zugleich tiefgreifende Demokratisierung des Lebens an der Hochschule. Die sozialistische Demokratie zeichnet sich durch verantwortungsvolle Mitsprache und aktive Beteiligung bei der Verwirklichung gefaßter Entschlüsse aus. Sie verwirklicht die Vorstellungen der sozialistischen Bildungspolitik.

Dr. J. Lojewski



# Monopol und Regelmechanismus

In unserer letzten Folge wurde das Monopol als partielle Ausschaltung der Konkurrenz durch vielfältige Machtstellungen hochkonzentrierter Unternehmen charakterisiert, die in Monopolprofilen realisiert werden. Der Monopolprofit als dauerhaft höherer Profit im Vergleich zur Masse der übrigen Unternehmen bestimmt das Wesen des Monopols und ist sein Kriterium. Das heißt aber, daß ein Umschlag in der Wirkungsweise des Mehrwertgesetzes stattfindet. Im vormonopolistischen Kapitalismus setzte er sich in Gestalt des Gesetzes der Durchschnittsprofite und der Produktionspreise durch.

Die konkreten kapitalistischen Marktpreise schwankten um die Produktionspreise (Kostpreis + Durchschnittsprofit) und brachten dadurch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage zum Ausdruck. Das freie, durch diesen Mechanismus geregelte Fließen der Kapitale stellte die notwendigen Proportionen in der Entwicklung der Produktivkräfte her. Gleich hohes vorgeschossenes Kapital realisierte im Prinzip gleich hohe Profite, und eine schnellere Entwicklung einzelner Zweige war nur durch das Zuwandern neuer Einzelkapitale möglich. Da aber die Konkurrenz vieler Einzelkapitale in einem gegebenen Zweig noch nicht identisch mit der Schaffung eines konzentrierten Potentials zur Durchsetzung strukturmäandender Großobjekte war, konnte dieser Mechanismus den Anforderungen der modernen gesellschaftlichen Produktion und ihrer Wandlungen nicht mehr entsprechen. Der Mechanismus des Durchschnittsprofits und der Produktionspreise war in Widerspruch zu den Erfordernissen der Produktivkräfte geraten.

## Mehr Spielraum und mehr Widersprüche

Gleichzeitig schränkte die Entstehung der Monopole das freie Fließen der Kapitale als Grundbedingung für das — wenn auch ex post — Funktionieren dieses Mechanismus weitgehend ein. Der Ausgleich zum Durchschnittsprofit wurde in den monopolisierten Sphären verhindert, und der Monopolprofit trat an seine Stelle — als relative Lösung des Widerspruchs zwischen dem Regelmechanismus des Durchschnittsprofits und den Erfordernissen der modernen Produktivkräfte. Die Höhe der Monopolprofite eröffnete den Produktivkräften einen neuen Spielraum. Aber zugleich spitzte sich der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen außerordentlich zu. Das wird bei einer Betrachtung der qualitativ neuen Züge des auf dem Monopolprofit basierenden imperialistischen Regelmechanismus deutlich.

## Ein neuer Regelmechanismus

1. Der Monopolprofit besitzt zunächst dadurch eine zentrale Bedeutung im Regelmechanismus des Imperialismus, daß mit ihm ein neues Ziel gesetzt ist, auf das die Systembewegung sich einregelt. Der maximale Monopolprofit der einzelnen Monopole und Monopolgruppen wird zum Systemziel überhaupt.
2. Das bedeutet aber, daß der Monopolprofit in starkem Maße auch Regelungen in der Sozialstruktur und in der Klassenkonstellation des Kapitalismus beinhaltet. Die Regulierung der Wirtschaft durch den Monopolprofit und der damit verbundene Druck des Monopolkapitals auf die nichtmonopolistischen Schichten ist zunächst mit einer verstärkten Proletarisierung großer Teile der Bevölkerung verbunden. Die Größe der Arbeiterklasse einschließlich der Angestellten wächst rasch an und wird sich nach Berechnungen der Prognos AG, Basel, vermutlich wie folgt entwickeln:

Anteil der „unselbständig Beschäftigten“ an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen der Bundesrepublik

1950	1960	1966	1980
70,8	77,5	80,4	83,0

Die Polarisierung in den Klassenbeziehungen nimmt also zu.

Mit der durch den Monopolprofit stimulierten Einführung neuer Technik und der durch das Monopol vorangetriebenen Verwissenschaftlichung der Produktion vollziehen sich ferner strukturelle Veränderungen innerhalb der Arbeiterklasse. Der Anteil der Angestellten und der Intelligenz, die nicht der Arbeiterklasse zuzurechnen sind, wächst noch an. Damit entstehen neue Bündnisprobleme für die Arbeiterklasse.

Innerhalb der Bourgeoisie führt der Monopolprofit zur Differenzierung in die monopolistische und in die nichtmonopolistische Bourgeoisie. Durch

das Zulieferersystem und auf andere Weise (monopolistische Angebots- und Nachfragepositionen) geraten die nichtmonopolisierten Unternehmen in weitgehende Abhängigkeit vom Monopol.

## Quellen des Monopolprofits und Widersprüche

Überhaupt konstituieren die Quellen des Monopolprofits eine Vielzahl von Interessenwidersprüchen in der Sozialstruktur des Imperialismus. Eine Charakteristik dieser Quellen ergibt:

- a) Der Monopolprofit wird zunächst vor allem durch die verstärkte Ausbeutung der Arbeiterklasse angeeignet.
- b) Durch die staatsmonopolistisch geförderte Monopolpreispolitik wird ein unverhältnismäßig großer Teil des bereits verteilten Nationaleinkommens auf dem Wege der Ausplünderung aller Käuferschichten in der Zirkulationssphäre den Monopolen zugeleitet.
- c) Durch die Preisschere zwischen Agrarerzeugnissen und industriellen Erzeugnissen sowie durch die Zinsen für Hypotheken und Kredite werden die kleinen Warenproduzenten zusätzlich durch das Finanzkapital ausgebeutet.
- d) Auch ein Teil der Profite der nichtmonopolisierten Kapitalisten wird zugunsten der Monopole umverteilt.
- e) Monopolprofit fließt ferner durch die staatliche Subventionspolitik, Steuerpolitik usw. aus der Umverteilung des Nationaleinkommens über den Staatshaushalt.
- f) Monopolprofite resultieren schließlich aus der Ausbeutung anderer Länder durch die kapitalistische Außenwirtschaft, durch den Neokolonialismus usw.

Das bedeutet aber, daß infolge der zentralen Stellung des Monopolprofits in der Regelung der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung der Imperialismus durch tiefe ökonomische Interessengegensätze charakterisiert wird. Die Interessen des Finanzkapitals widersprechen den Interessen aller anderen Klassen und Schichten. Diese ökonomische Interessenkonstellation erfordert daher eine totale politische Herrschaft des Monopolkapitals zur Sicherung seiner Existenz trotz der ökonomischen Interessenkonflikte zur übrigen Nation.

Lenin erfaßte diesen Zusammenhang in der Einschätzung: „Der freien Konkurrenz entspricht die Demokratie, dem Monopol entspricht die politische Reaktion.“<sup>1)</sup> Auf Grund seiner ökonomischen Macht durchdringt das Monopol „mit absoluter Unvermeidlichkeit alle Gebiete des öffentlichen Lebens, ganz unabhängig von der politischen Struktur“.



tur und beliebigen anderen Details.“<sup>2)</sup> Auch die Bereiche der Ideologie und der Kultur werden von den reaktionären Zielen des Monopols geprägt. Darin wurzelt aber eine fundamentale Schwäche des Imperialismus. Die politische Diktatur über die ganze übrige Nation, deren Verstrickung in die mit der Ausbeutung anderer Völker unvermeidlichen weltweiten Erschütterungen und schließlich die im Monopol wurzelnde Aggressivität und der imperialistische Krieg machen die tiefen Widersprüche zwischen dem Finanzkapital und allen Klassen und Schichten der Nation greifbar deutlich: die reale Möglichkeit einer breiten antiimperialistischen Aktionseinheit zeichnet sich ab und reflektiert die Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit und zwischen Monopol und Volksmassen.

### Regelung und Störung — Grenzen des Monopols

3. Der Monopolprofit wird Ausgangspunkt für die Regelung der Proportionen des Wachstums der Produktivkräfte bzw. der Wirtschaft. Denn in starkem Maße sind die künftigen Strukturen von der Eigenfinanzierung der Monopole abhängig, deren Umfang wiederum aus der Höhe des Monopolprofits folgt.

Die Höhe der Monopolprofile ist nun aber von den verschiedensten ökonomischen und außerökonomischen Faktoren und daher von vielen zufälligen Momenten abhängig. Und es gibt natürlich kein Gesetz, wonach die unterschiedliche Höhe der einzelnen Monopolprofitraten und der Monopolprofile der einzelnen Gesellschaften und Gruppen als Ausgangspunkt struktureller Entwicklungen gerade die richtigen Proportionen fördern muß. Im Gegenteil: Einerseits ist der Monopolprofit rationeller für strukturelle Umwälzungen als der Durchschnittsprofit, da er überdurchschnittlich hohe Investitionen in den jeweils führenden, monopolbeherrschten Zweigen ermöglicht.

Aber andererseits entwickeln sich notwendig Disproportionen innerhalb der Industrie und bleiben alle jene Bereiche zurück, die nicht von Monopolen beherrscht werden. Das führt insbesondere zu einer Unterentwicklung der Infrastruktur (z. B. des Bildungswesens), die die volkswirtschaftliche Effektivität stark herabsetzt und vor allem die schöpferische Entfaltung des Menschen prinzipiell hemmt. Dadurch wird die ökonomische Rationalität im Steuerungseffekt des Monopolprofits empfindlich eingeengt, und im Vergleich zum Kapitalismus der freien Konkurrenz nimmt die Anarchie in der Volkswirtschaft erheblich zu. Die Negation des Durchschnittsprofits und des Produktionspreises als Regelmechanismus in Gestalt des Monopolprofits stößt also sofort auf derart spürbare Grenzen, daß auch die Negation der Maxi-

## Was will die Konvergenztheorie?

### Darstellung und Deutung einer aktuellen Theorie über Entwicklung von Kapitalismus und Sozialismus

In den letzten Jahren haben bürgerliche Ökonomen und Soziologen eine Konzeption entwickelt, die unter der Bezeichnung Konvergenztheorie bekannt geworden ist. Diese Theorie spielt im ideologischen Klassenkampf, in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus um die künftige gesellschaftliche Entwicklung in der Welt eine große Rolle. Sie hat insbesondere in Kreisen der Intelligenz, aber auch bei Arbeitern weite Verbreitung gefunden und verlangt die Aufmerksamkeit der Marxisten.

Der Kern der Konvergenztheorie besteht in der These, daß sich zwischen Kapitalismus und Sozialismus heute eine konvergierende Entwicklung, d. h. eine Annäherung und ein Zusammenwachsen vollziehe. Nach Meinung der Anhänger dieser Theorie geschieht das auf folgende Weise:

#### „Kriterien“ konvergierender Entwicklung

1. Es bildet sich eine zunehmende Zahl ähnlicher Merkmale in beiden Systemen heraus. Eine große Bedeutung wird dabei der Entwicklung der Technik beigemessen, in deren Gefolge in Ost und West immer größere Produktionseinheiten entstehen, die Kombination und Diversifikation voranschreiten und vergleichbare Methoden der Organisation der Arbeit und der Leitung der Produktion angewandt werden. Besonderes Gewicht wird außerdem auf die Rolle des Staates im Reproduktionsprozeß gelegt, auf die Planung, die staatliche Finanzpolitik und andere Regulierungsmaßnahmen.

2. Die Annäherung zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird von der Konvergenztheorie dabei nicht als eine einseitige, nur von einem System aus-

~~~~~

mierung des Monopolprofits einzelner Monopole als Angelpunkt des imperialistischen Regelmechanismus unabdingbar erscheint.

Eine solche Negation der Negation erfolgt durch den Sozialismus. Wo sie auf Grund des Kräfteverhältnisses zwischen den Klassen noch nicht möglich ist, geschieht sie durch eine staatsmonopolistische Modifikation des Profitmechanismus und des Ziels. Im Imperialismus, bereits im Rahmen des Kapitalismus, muß diese Negation aber notwendig beschränkt bleiben und kann daher keine Alternative zum Sozialismus bieten.

gehende Entwicklung verstanden, sondern als ein Prozeß, der auf dem Wege der beiderseitigen Anpassung vor sich geht. In den kapitalistischen Ländern vollzieht sich dieser Anpassungsprozeß nach Meinung der Konvergenztheoretiker vor allem durch die Zunahme des ökonomischen Gewichtes des Staates und eine entsprechende Begrenzung der Spontaneität des Produktions- und Marktgeschehens. Für die sozialistischen Länder wird dagegen ein umgekehrter Prozeß konstatiert, dessen Hauptinhalt angeblich in einer Verringerung der ökonomischen Rolle des Staates und der Mehrung marktwirtschaftlicher Elemente in der sozialistischen Wirtschaft besteht.

3. Die Konvergenztheorie zieht schließlich daraus die Schlußfolgerung, daß der gegenseitige Anpassungsprozeß der beiden Systeme zu einem Zusammenwachsen von Kapitalismus und Sozialismus auf einer „mittleren Ebene“, zu einer neuen „optimalen Gesellschaft“ führt, die weder kapitalistisch noch sozialistisch ist. In bezug auf die sozialökonomischen Grundlagen dieser Gesellschaft sprechen die Anhänger der Konvergenztheorie von einer „gemischten Wirtschaft“. Von welcher Art dabei diese Mischung sein soll, verrät der amerikanische Ökonom Buckingham. Er schreibt: „Drei von den vier Grundlagen des Kapitalismus... werden wahrscheinlich aus dem reinen Kapitalismus übertragen und in das neue ökonomische System eingeschlossen. Erstens das Privateigentum an Investibauten und Ausrüstungen... Zweitens die ökonomische Stimuli und das Gewinnmotiv... Drittens wird sich überall das Marktsystem als Hauptmechanismus der Kontrolle über die Verteilung der Waren und Dienstleistungen behaupten.“ Vom Sozialismus sollen hingegen die wachsende Gleichheit, die Arbeiterkontrolle über die Arbeitsbedingungen und die Wirtschaftsplanung auf das neue System übertragen werden.

#### Privateigentum an Produktionsmitteln

Wenn auch nicht alle Konvergenztheoretiker so offen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln als Grundlage der „optimalen Gesellschaft“ propagieren wie Buckingham,

<sup>1)</sup> W. I. Lenin, Werke, 1957, Band 23, Seite 34.

<sup>2)</sup> W. I. Lenin, Werke, 1957, Band 23, S. 241.



so sind sich jedoch alle darin einig, daß das Privateigentum an entscheidenden Produktionsmitteln erhalten bleiben soll.

Neben der bisher betrachteten ökonomischen Variante der Konvergenztheorie, die die Annäherung und das Zusammenwachsen der beiden Wirtschaftssysteme zum Inhalt hat und vor allem von J. Tinbergen, W. S. Buckingham und J. K. Galbraith vertreten wird, existiert noch eine umfassendere soziologische Variante, die die konvergierende Entwicklung mehr oder weniger auf alle Gebiete des gesellschaftlichen Lebens in den beiden Ordnungen bezieht. Die wichtigsten Repräsentanten dieser Spielart sind Raymond Aron und Piterim A. Sorokon. Wir müssen uns im Rahmen dieses Beitrages auf die Behandlung und Kritik der ökonomischen Variante beschränken.

### Ursachen für die Verbreitung

Eingangs wurde bereits auf die relativ weite Verbreitung der Konvergenztheorie hingewiesen. Wenn man nach den Ursachen dafür fragt, scheinen vor allem drei Gesichtspunkte von Bedeutung zu sein. Oberflächlich betrachtet, gibt es tatsächlich in beiden Systemen Entwicklungen, die sehr ähnlich gelagert sind. Das gilt insbesondere für die mit der technischen Revolution einhergehenden Veränderungen in der Produktionsstruktur, in der Arbeitsorganisation, im Leitungssystem usw. Die Konvergenztheorie reflektiert, wenn auch oberflächlich und verzerrt, die grundlegenden gesellschaftlichen Prozesse, die sich in der Nachkriegsperiode vollzogen haben. Hier ist an erster Stelle die Herausbildung und das Erstarken des sozialistischen Weltsystems zu nennen, das den Gang der historischen Entwicklung immer mehr bestimmt und auch auf die kapitalistische Welt tiefgehenden Einfluß nimmt.

Ein zweites Hauptmerkmal der Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, das von der Konvergenztheorie widerspiegelt wird, ist die volle Herausbildung des Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Schließlich ist für die Verbreitung dieser Theorie auch der Umstand nicht unwesentlich, daß ihre wichtigsten Vertreter die Konzeption der Konvergenz mit dem Gedanken der friedlichen Koexistenz verbinden. So geht zum Beispiel Tinbergen davon aus, daß „die Hauptursache für die Möglichkeit der Entstehung eines allgemeinen Krieges in den entgegengesetzten Standpunkten der westlichen und der kommunistischen Welt über das beste gesellschaftliche System“ zu suchen sei. Daraus zieht er dann die Schlußfolgerung, daß der Weg zur friedlichen Koexistenz über die Konvergenz der beiden Systeme gehe. Die Konvergenztheorie kommt auf diese Weise der Friedenssehnsucht der Menschen entgegen. Es

ist darum nicht verwunderlich, daß z. B. in der Bundesrepublik Anhänger der Friedensbewegung und Humanisten wie Prof. Fritz Baade oder einige Autoren der „Modelle für eine neue Welt“ mit dieser Theorie sympathisieren.

Im übrigen hat die Konvergenztheorie in der Bundesrepublik zunächst nicht so weite Verbreitung gefunden wie in anderen westlichen Ländern. Das scheint sowohl praktisch-politische als auch theoretische Gründe zu haben. Den wichtigsten politischen Grund muß man wohl darin sehen, daß zwischen der Konzeption der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus und den erklärten politischen Zielen der in der Bundesrepublik herrschenden Kräfte, die nicht auf die Annäherung an die DDR, sondern auf die Beseitigung des Sozialismus auf deutschem Boden und die Einbeziehung der DDR in das System der Bundesrepublik gerichtet sind, ein krasser Widerspruch besteht. Ein weiterer Grund ist sicherlich darin zu suchen, daß die Konvergenztheorie auch mit der bis in die jüngste Zeit hinein in der Wirtschaftstheorie der Bundesrepublik bestimmenden neoliberalen Doktrin und ihren Ordnungstypen kaum zu vereinbaren ist.

Seit einiger Zeit spielt die Konvergenztheorie aber auch in der Bundesrepublik eine immer größere Rolle. Neben der stärkeren Wirkung der bereits erwähnten allgemeinen Ursachen für die Verbreitung dieser Theorie hängt das sicher nicht zuletzt damit zusammen, daß die herrschenden Kreise in Bonn bei unveränderter Zielsetzung in den Methoden des Kampfes gegen die DDR und die anderen sozialistischen Länder flexibler geworden und darum heute im Rahmen ihrer sogenannten Ostpolitik trotz prinzipieller Ablehnung der Konvergenz auch darum bemüht sind, bestimmte Aspekte dieser Konzeption für die ideologische Diversion gegen den Sozialismus zu nutzen.

### II

Wenden wir uns jetzt der Kritik der Konvergenztheorie und der Betrachtung ihres Platzes in der Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu.

Die marxistische Kritik muß vor allem davon ausgehen, daß diese Theorie die für die Beurteilung der gesellschaftlichen Entwicklung entscheidenden Primärkriterien ignoriert und die qualitative Gesellschaftsanalyse durch rein quantitative Betrachtungen ersetzt. Die für die Beurteilung einer Gesellschaft und ihrer Entwicklungstendenzen entscheidenden Kriterien sieht der Marxismus bekanntlich in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln und den eng damit im Zusammenhang stehenden politischen Machtverhältnissen. Gerade in dieser Hinsicht sind Kapitalismus und Sozialismus aber grundverschiedene Gesellschaftssysteme.

### Überbetonung sekundärer Erscheinungen

Ein ernsthafter Versuch, die Konvergenz der beiden Systeme nachzuweisen, müßte notwendigerweise damit beginnen, konvergierende Entwicklungen in den genannten Primärkriterien aufzuzeigen. Da das nicht möglich ist, versucht die Konvergenztheorie die Bedeutung dieser Kriterien herabzumindern oder gar zu leugnen. So nennt Aron den Unterschied im Eigentum an den Produktionsmitteln, den es zwischen den beiden Systemen gibt, eine „unbedeutende Frage“ und Tinbergen sieht im Eigentum an den Produktionsmitteln nur eine „formale Seite“. Die Frage der politischen Machtverhältnisse in den beiden Systemen spielt in dieser Konzeption überhaupt keine Rolle.

Losgelöst von den qualitativ verschiedenen gesellschaftlichen Grundlagen und damit von ihren unterschiedlichen gesellschaftlichen Inhalten stellt die Konvergenztheorie quantitative Vergleiche über sekundäre Entwicklungen in beiden Systemen an und zieht daraus grundlegende gesellschaftliche Schlußfolgerungen. Die Ergebnisse einer solchen Betrachtungsweise müssen notwendigerweise unhaltbar sein. Stellen wir das am Beispiel der Hauptrichtungen dar:

**Die Entwicklung der Produktivkräfte wird völlig losgelöst von der anderen Seite der gesellschaftlichen Produktion, den Produktionsergebnissen betrachtet. Die Konvergenztheorie abstrahiert von der entscheidenden Tatsache, daß die gleichen technischen Entwicklungen auf der Basis der kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu ganz anderen gesellschaftlichen Resultaten führen, als auf dem Boden sozialistischer Produktionsverhältnisse.**

Während die Automatisierung z. B. im Kapitalismus infolge der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln und dem daraus entspringenden Profitstreben der Kapitalisten für die arbeitenden Menschen zu einer Geißel zu werden droht, ist sie im Sozialismus, aus dessen Produktionsverhältnissen das Produktionsziel einer immer besseren Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder entspringt, die Grundlage für die rasche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen.

Während der technische Fortschritt unter kapitalistischen Bedingungen zur Zusammenballung immer größerer wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen einer immer kleineren Gruppe großer Kapitalmagnaten führt, dient die Anwendung der modernen Technik in den sozialistischen Ländern der Festigung und Weiterentwicklung der auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln und der Herrschaft der Arbeiterklasse beru-



henden sozialistischen Ordnung. Auch die äußeren Ähnlichkeiten in der Art der Arbeitsorganisation, im System der Leitung der Produktion usw., sind nicht vergleichbar, da sie auf dem Boden qualitativ unterschiedlicher Produktionsverhältnisse einen ganz anderen Inhalt haben und entgegengesetzte Ziele verfolgen.

## Form und Inhalt durcheinandergebracht

2. Die ökonomische Rolle des Staates und die Planung werden von der Konvergenztheorie gänzlich von den sozialökonomischen Grundlagen und den politischen Machtverhältnissen abstrahiert. Das ist jedoch unzulässig. So ändert die staatliche Wirtschaftsregulierung in den entwickelten kapitalistischen Ländern absolut nichts an den Grundlagen des kapitalistischen Systems. Geschieht diese Regulierung doch vom kapitalistischen Staat im Interesse des Monopolkapitals. Auch die Anwendung volkswirtschaftlicher Planungsmethoden im System des Spätkapitalismus ändert nichts am Wesen dieses Systems, werden der Inhalt und das Ziel der Planung infolge der bestehenden ökonomischen und politischen Machtverhältnisse doch von den Profit- und Machtinteressen des Großkapitals bestimmt. Außerdem sind der kapitalistischen Planung im Verhältnis zur sozialistischen Planung infolge der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln sehr enge Grenzen gesetzt.

Im Sozialismus ändert dagegen die im Rahmen der Wirtschaftsreformen erfolgte Erweiterung der Rechte der Betriebe und die Verlagerung bestimmter Elemente der Planung von der zentralen auf die betriebliche Ebene ebenfalls nichts am Wesen des Systems. Es handelt sich auch keineswegs um die Verringerung der ökonomischen Rolle des sozialistischen Staates, wie die Konvergenztheoretiker behaupten, sondern vielmehr um eine Veränderung in der Aufgabenverteilung zwischen den zentralen staatlichen Organen und den unteren Wirtschaftseinheiten des Staates, den Betrieben, die ja staatliches Eigentum sind.

Nicht weniger unhaltbar ist die Behauptung, daß mit der Stärkung der Rolle solcher Kategorien wie Kosten, Preis und Gewinn Elemente der kapitalistischen Marktwirtschaft in den Sozialismus eingeführt werden. Diese Kategorien haben im Sozialismus doch einen völlig anderen Inhalt.

Insgesamt kann man feststellen, daß von einer Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus keineswegs die Rede sein kann. Die Entwicklungen in den sozialistischen Ländern führen keineswegs zum Kapitalismus. Sie dienen vielmehr der allseitigen Entfaltung der sozialistischen Produktivkräfte und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie als Voraussetzung für die

Vollendung des Sozialismus und den allmählichen Übergang zum Kommunismus.

Was die Entwicklungen im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus betrifft, so mehrten diese zwar die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus; damit diese Voraussetzungen zum Sozialismus führen, bedarf es jedoch der sozialistischen Revolution, das heißt der grundsätzlichen Umwälzung der Eigentums- und Machtverhältnisse.

## III.

Die Konzeption der Konvergenz der beiden gesellschaftlichen Systeme ist ein Rückzugsgefecht der bürgerlichen Ideologie mit dem Ziel, die Grundlagen der kapitalistischen Ordnung zu retten und der gesetzmäßigen Entwicklung vom Kapitalismus zum Sozialismus eine bürgerliche „Alternative“ entgegenzusetzen. Im ideologischen Klassenkampf wird die Konvergenztheorie vor allem in drei Richtungen wirksam:

### Die Wirkungen der Konvergenztheorie

1. In bezug auf die sozialistischen Länder bedienen sich die Gegner des Sozialismus dieser Theorie bei ihrer Taktik des Aufweichens. Mit ihrer Hilfe soll vor allem die Intelligenz in diesen Ländern ideologisch beeinflusst werden. Es ist darum auch nicht zufällig, daß die Konvergenztheorie häufig mit Vorstellungen über die Eliterolle der Intelligenz verbunden wird.

2. In den kapitalistischen Ländern dient diese Konzeption objektiv der Abschwächung des Kampfes der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten gegen das herrschende System. Wenn die Entwicklung ohnehin nicht zum Sozialismus, sondern zu einer „optimalen“ oder „gemischten“ Gesellschaft führt, ist natürlich der Kampf um den Sozialismus sinnlos.

3. In den Ländern, die sich von der Kolonialherrschaft befreit haben und nach einem eigenen Entwicklungsweg suchen, dient die Konvergenztheorie dazu, diese Länder vom sozialistischen Weg abzuhalten.

Wie gefährlich die Einwirkung der Konvergenztheorie ist, wird durch die jüngsten Ereignisse in der CSSR besonders deutlich. Diese Theorie ist ein wesentlicher Bestandteil der ideologischen Positionen der revisionistischen und konterrevolutionären Kräfte in der Tschechoslowakei. Andererseits finden sich bestimmte Aspekte der Konvergenztheorie auch in Anschauungen wieder, die von Ultralinken in der sozialistischen Bewegung vertreten werden. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die von den chinesischen Führern verbreitete Version erinnert, daß die Sowjetunion und andere sozialistische Länder mit der Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen und der konsequenteren Anwendung des

sozialistischen Leistungsprinzips bei der Entlohnung angeblich verbürgerlichen und sich zum Kapitalismus zurückentwickeln.

### Keine militante Funktion

Ist die Konvergenztheorie auch objektiv gegen den Sozialismus gerichtet, wäre es dennoch falsch, diese Theorie undifferenziert mit antisozialistischen auf eine Stufe zu stellen, die nach wie vor „die Überlegenheit des Kapitalismus“ propagieren und ausgesprochen militante antikommunistische Züge tragen.

Von solchen Theorien unterscheidet sich die Konvergenztheorie durch einige positive Merkmale, von denen das schon erwähnte Bekenntnis zur friedlichen Koexistenz nicht das unbedeutendste ist. Auch dabei darf man jedoch die Augen nicht davor verschließen, daß die Koexistenzkonzeption der Konvergenztheoretiker keineswegs mit der marxistischen Koexistenzkonzeption identisch ist. Während die erste Konzeption Koexistenz mit Konvergenz, also mit dem Zusammenwachsen der beiden Systeme zu einem einheitlichen System verbindet und in der Koexistenz Klassenversöhnung sieht, geht die

### Verschoben: „Marx und die Gewerkschaften“

*Die von der Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf ursprünglich für den 1. bis 3. November 1968 angesetzte wissenschaftliche Tagung zum Thema „Marx und die Gewerkschaften heute“ ist vom Veranstalter verschoben worden. Sie findet nun am 30. November und 1. Dezember 1968 in Düsseldorf statt.*

*Anmeldungen und Anfragen sind zu richten an Allons Clemens, 4 Düsseldorf-Holthausen, Burscheider Str. 79.*

marxistische Konzeption bei der Koexistenz gerade von dem Bestehen unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen aus. Die marxistische Konzeption sieht in der friedlichen Koexistenz nicht Klassenversöhnung, sondern eine Form des Klassenkampfes.

Die Konvergenztheorie unterscheidet sich auch dadurch von anderen bürgerlichen Theorien, daß die militantesten antikommunistischen Kreise nicht zu ihren Anhängern zählen, dafür aber Kreise der demokratischen Intelligenz und andere demokratische Kräfte mit dieser Theorie sympathisieren. Das verlangt eine prinzipienfeste, aber differenzierte Auseinandersetzung mit dieser bürgerlichen ideologischen Konzeption und ihren Anhängern.

Willi Gerns



## Endgültige Spaltung der USA-Gewerkschaftsbünde

In den USA ist im September eine „Alliance for Labor Action“ (ALA) gegründet worden. Die Initiative dazu ging von der Automobilarbeitergewerkschaft (UAW) aus, die im Juli 1968 den Dachverband AFL/CIO verlassen hatte. Obwohl sich diese Neugründung „Arbeitsallianz“ und nicht Gewerkschaftsbund nennt, kommt ihr faktisch die Bedeutung eines Gewerkschaftsdachverbandes zu. Mitglied in der ALA sind nämlich bereits neben der Automobilarbeitergewerkschaft die Gewerkschaften der Transportarbeiter und der Chemiearbeiter, die zusammen fast 3,6 Millionen Mitglieder haben. Es wird erwartet, daß demnächst auch die Gewerkschaften der Bergleute, der Erdölarbeiter und der Gummiarbeiter dem neuen Verband beitreten.

Mit fast 4 Millionen Mitgliedern wäre die ALA mitgliedermäßig noch keineswegs so stark wie die alte AFL/CIO, die rund 13 Millionen Mitglieder zählt. Aber es ist zu erwarten, daß die ALA unter Leitung des UAW-Vorsitzenden Walter Reuther dynamischer auftreten und eine starke Anziehungskraft entwickeln wird. Alle Reformbestrebungen Walter Reuthers waren im AFL/CIO am Widerstand des militant antikommunistischen Vorsitzenden George Meany gescheitert. Reuther wirft Meany vor, politisch konservativ und in sozialen Fragen lethargisch zu sein. Meany ist Anhänger der Johnson-Politik und hat erst wieder am 23. September dem demokratischen Präsidentschaftskandidaten und jetzigen Vizepräsidenten Hubert Humphrey die Unterstützung der AFL/CIO-Führung bei der Weiterführung des Vietnamkrieges zugesagt.

Reuther vertritt dagegen eine Politik der Entspannung und Verständigung mit den sozialistischen Ländern. Gewerkschaftspolitisch strebt er die Verwirklichung folgender Zielsetzungen an:

- Abkehr von den zünftlerischen Fachgewerkschaften oder Gewerkschaftskoalitionen, um den mächtigen Industriegiganten gleichgewichtig gegenüberzutreten zu können;

- enge internationale gewerkschaftliche Zusammenarbeit als Antwort auf das Entstehen weltweiter Konzerne;

- Erweiterung der Gewerkschaftsarbeit auf jene stark expandierenden Wirtschaftszweige, in denen die Gewerkschaften noch schwach sind, wie z. B. im Dienstleistungsgewerbe, im öffentlichen Dienst, unter den kaufmännischen und technischen Angestellten;

- Beseitigung der Rassendiskriminierung in den Gewerkschaften;

- schärferes Engagement der Gewerkschaften für die Beseitigung der Armut, der Massenarbeitslosigkeit, der Rassenprobleme und anderer sozialer Zündstoffe.

Mit einem solchen Programm wird die ALA zweifellos sehr bald zu einem ernsthaften Konkurrenten für die unter Meany farblos gewordene AFL/CIO werden. Sie dürfte auch dazu beitragen, daß die Gewerkschaftsbewegung in den USA neue Impulse erhält, die dazu führen können, daß die Gewerkschaften von Nur-Lohnmaschinen und Unterstützungsvereinen umfunktioniert werden in Arbeitnehmerorganisationen, die über den Rand des Betriebes, der Branche oder Berufsgruppe hinweg sich aktiv in die Gestaltung der gesamten Gesellschaft einschalten.

G. Bruce

## Weniger Reglementierung in Holland

Der starke staatliche Dirigismus in der Lohn- und Tarifpolitik der holländischen Gewerkschaften soll etwas vermindert werden. Nachdem Regierung und Tarifparteien sich bereits zu Be-

ginn dieses Jahres auf diesen Grundsatz geeinigt hatten, legte die Regierung Mitte Oktober den Entwurf eines sogenannten Lohngesetzes vor. Dieses bestimmt im einzelnen:

- Die Tarifverträge bedürfen künftig nicht mehr der Zustimmung des Arbeitsministers, sondern treten vier Wochen nach der notwendigen Anmeldung beim „zentralen Lohnbüro“ in Kraft, wenn die Regierung keine Einwände erhebt. Dieses Recht behält sie sich weiterhin vor.

- Das „Kollegium der Reichsschlichter“, das bisher als Sachverständigen-gremium der Regierung in Lohnfragen fungierte, soll abgeschafft werden.

- Die „Stiftung der Arbeit“, eine holländische Spielart der „konzertierten Aktion“, in der Vertreter der Regierung, der Gewerkschaften und Unternehmerverbände vertreten sind, soll künftig keine Lohnempfehlungen (Leitlinien, Orientierungsdaten) mehr geben.

- Der Arbeitsminister behält das Recht, wenn er es für nötig erachtet, die Löhne bis zu einem Jahr einzufrieren. Dazu muß jedoch die Zustimmung des Parlaments eingeholt werden.

## Noch höhere Rentenbeiträge

Durch das Finanzänderungsgesetz 1967 steigt der Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung von 14 auf 17 Prozent im Jahre 1970. Bis zum 31. Mai 1949 hatte der Beitragssatz 6,5 Prozent betragen. Er wurde ab Juni 1949 auf 10, ab April 1955 auf 11 und mit der Rentenreform ab Januar 1957 auf 14 Prozent erhöht. Von 1949 bis 1970 also eine Steigerung des Beitragssatzes um rund 260 Prozent, obwohl die Beiträge zur Rentenversicherung ohnehin mit jeder Erhöhung der Löhne und Gehälter wachen! Doch das ist noch nicht das Ende der „Aufwärts“-entwicklung: Nach einer Veröffentlichung des Bundesarbeitsministers Kalter soll der Beitragssatz bis 1972 auf 17,2 und bis 1975 auf 18,8 Prozent erhöht werden!

Dabei wird von einer Erhöhung der durchschnittlichen Bruttoverdienste um jährlich 5,2 Prozent ausgegangen. Bei einer geringeren Erhöhung der Bruttoverdienste müßte danach eine noch stärkere Steigerung des Beitragssatzes erfolgen. Umgekehrt bräuhete der Beitragssatz nur in geringerem Umfang erhöht zu werden, wenn die Bruttoverdienste stärker steigen. Eine aktive Lohn- und Gehaltspolitik der Gewerkschaften ist also von größter sozialpolitischer Bedeutung.

Die Behauptung allerdings, eine Erhöhung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung sei wegen der „Ren-

tendynamik“ und des „Rentenberges“ notwendig, ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit: 7 Milliarden DM sind der Rentenversicherung allein durch das Finanzänderungsgesetz 1967 zugunsten des Rüstungshaushaltes entzogen worden. Der Anteil der Bundeszuschüsse an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung, der 1957 noch 30 Prozent betragen hat, wird dadurch bis 1971 auf 15 Prozent reduziert.

Dieser finanzielle „Aderlaß“ der Rentenversicherung kann auch durch die jetzt für 1972 angekündigte Erhöhung der Bundeszuschüsse um 1,2 Milliarden DM nicht ausgeglichen werden. Die Bundeszuschüsse werden damit bei weitem nicht den vom DGB geforderten Umfang auf ein Drittel der Gesamtausgaben der Rentenversicherung erreichen. Von der Regierung der Großen Koalition verfügte Kürzungen und Belastungen werden für die Rentenversicherung weiter bestehen bleiben: der Wegfall der Erstattung der Kosten für die Tuberkulosebekämpfung (1966 = 46 Mill. DM) und der Bundeszuschüsse zu den Sonderzuschüssen der Rentenreform (1966 = 130 Mill. DM), die Beteiligung der Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten an den Ausgaben der knapp-schäftlichen Krankenversicherung (1971 = 134 Mill. DM) und der Ausgleich des Defizits in der Handwerkerversicherung.

Bö,



- 22.—23. November  
7. Bundesjugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Braunschweig.
- 28.—29. November  
7. Deutscher Beamtentag des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Bremen.
- 30. November—1. Dezember  
Wissenschaftliche Tagung der Marxistischen Studiengemeinschaft Düsseldorf unter dem Leitwort: „Marx und die Gewerkschaften heute“.
- Mai 1969  
7. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes in München.

### Aus der Arbeit der „Stiftung Mitbestimmung“

Die „Stiftung Mitbestimmung“ hat im Jahre 1967 611 junge Menschen durch Studienbeihilfen in ihrer Aus- und Fortbildung gefördert. Für Stipendien wurden im vergangenen Jahr 1 467 462 DM ausgeschüttet. Seit Gründung der „Stiftung Mitbestimmung“ sind damit 10 238 080 DM aufgebracht worden. 1698 förderungswürdige junge Menschen konnten von 1955 bis 1967 mit dieser Summe unterstützt werden. Die Stipendiaten waren bzw. sind entweder selbst Mitglieder einer DGB-Gewerkschaft oder Kinder von Gewerkschaftsmitgliedern.

Die Auswahl der Bewerber erfolgt durch den Vorstand der Stiftung auf Vorschlag eines Wahlausschusses, der sich aus Professoren, erfahrenen Gewerkschaftern und Persönlichkeiten des öffentlichen Rechtes zusammensetzt. Die Höhe einer ganzjährigen Studienbeihilfe beträgt zur Zeit monatlich 290 DM. Verheiratete Studierende erhalten 400 DM bzw. mit Kinderzuschlag 425 DM. Daneben erhält jeder ein monatliches Büchergeld in der Höhe von 60 DM. Es ist selbstverständlich, daß Begabung sowie positive Einstellung zu den Gewerkschaften wichtige Voraussetzungen für die Gewährung von Studienbeihilfen sind.

### Zu guter Letzt:

„Der sozialdemokratische Professor mußte sich lange Zeit des Vorwurfs erwehren, er sei zu liberal und halte die Fahne des aufgeklärten Sozialismus nicht genug in Ehren“, schrieb „Welt der Arbeit“-Chefredakteur Richard Becker am 18. 10. 68, S. 2, in einer Lohhudelei auf Minister Schiller. „Inzwischen hat sich gezeigt...“

Nun gut, der Sozialismus marschiert.

## Arbeiter sind nicht häufiger krank ...

Unternehmerargument gegen Lohnfortzahlung unwahr  
Das Statistische Bundesamt brachte es an den Tag

Obwohl Bundesarbeitsminister Katzer und Wirtschaftsminister Schiller auf Gewerkschaftstagen die arbeitsrechtliche Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfalle als gesellschaftspolitisch notwendig und wirtschaftlich vertretbar erklärt haben, sind die Widerstände in der Kiesinger/Brandt-Regierung keineswegs geringer geworden, und auch die Unternehmerverbände haben ihren Kampf trotz konzentrierter Aktion gegen die Lohnfortzahlung noch verstärkt. Die Diskussion hat aber auch jene wieder auf der Plan gerufen, die mit böswilligen Unterstellungen die Öffentlichkeit gegen eine soziale und gesellschaftliche Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfalle aufputschen wollen.

Ihr Argument ist die mangelnde „Arbeitsmoral“ der Arbeiter, deren „Neigung zum Krankfeiern“ durch die Lohnfortzahlung gefördert und die Krankheitsquote ins Unerträgliche steigern würde. Das soll allerdings bei den Angestellten nicht gelten, ihnen wird von den gleichen Leuten mehr Verantwortungsbewußtsein und eine bessere Arbeitsmoral unterstellt.

Man braucht nicht darum zu streiten, daß Einrichtungen der sozialen Sicherung mißbraucht werden. Das ist eine Frage, die in allen Bevölkerungsschichten auftritt und keineswegs auf die Arbeiter beschränkt bleibt. In den seit Jahren andauernden Auseinandersetzungen um die Lohnfortzahlung hat die demagogische Behauptung, die Krankheitsquote läge bei den Arbeitern unverhältnismäßig hoch, eine zweifelhafte Rolle gespielt. Den Verdächtigungen und Unterstellungen aber haben inzwischen Untersuchungen des Statistischen Bundesamtes ein Ende gesetzt. Die hier festgestellten Zahlen beweisen, daß die Krankheitsquote der Arbeitnehmer nicht höher liegt als in anderen soziologischen Schichten und die der Arbeiter sich nicht von der der Angestellten und Beamten unterscheidet.

In „Wirtschaft und Statistik“, Heft 6/68, ist bezüglich des Krankenstandes aller Erwerbstätigen folgendes festgestellt: Zum Zeitpunkt der Ermittlung waren 2,4 Millionen, d. h. 9,1 v. H. aller Erwerbstätigen im Bundesgebiet krank. 1,7 Millionen davon jedoch nur einen oder mehrere Tage erwerbsunfähig. Auf die einzelnen soziologischen Gruppen verteilt, ergab sich, daß bei den Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen die Krankheitsquote 8,9 Prozent betrug, bei den Arbeitern einschließlich der gewerblichen Lehrlinge 9,4 Prozent und bei Angestellten und Beamten 8,7 Prozent.

Von den Arbeitern waren 5,8 Prozent der Männer und 7,2 Prozent der weiblichen Arbeitnehmer mit sofortigem Anspruch auf Barleistungen arbeitsunfähig krank. Aber dieses Bild verschiebt sich, wenn man berücksichtigt, daß sich in allen soziologischen Gruppen die höchsten Krankenziffern bei den Erwerbstätigen zwischen 40 und 75 Jah-

ren mit 12 Prozent und bei den über 65 Jahre alten Personen mit 14,8 Prozent ergeben. Bei den letzteren lag die Krankheitsquote der Selbständigen mit 15,6 Prozent erheblich über der Krankheitsziffer der Arbeiter mit 14 Prozent.

Diese nüchternen Zahlen beweisen, daß die Behauptung, die Arbeitsmoral der Arbeiter sei schlechter als die anderer Erwerbstätiger, eine infame Unterstellung ist. Sie kann nicht von dem Kernproblem ablenken, daß die sozialrechtliche Gleichstellung der Arbeiter und Angestellten im Krankheitsfalle als eine alte gesellschaftspolitische Forderung der Gewerkschaften endlich verwirklicht werden muß. Die Haltung der Regierung der Großen Koalition zu dieser gesellschaftspolitischen Frage wird für die Arbeiter ein Prüfstein sein bei den im nächsten Jahr stattfindenden Bundestagswahlen.

### Nur wenige Streiks

Im zweiten Vierteljahr 1968 gingen in der Bundesrepublik durch Streiks nur 6273 Arbeitstage verloren, stellt die Statistik fest. An den durchweg kurzen Arbeitsniederlegungen, die meist weniger als einen Tag dauerten, beteiligten sich 9000 Arbeitnehmer. Insgesamt wurde im ersten Halbjahr 1968 weniger als in der gleichen Vorjahreszeit gestreikt, nämlich 7356 Arbeitstage gegenüber 13 000 Arbeitstagen.

## nachrichten

Die NACHRICHTEN erscheinen einmal im Monat Herausgeber: Heinz Seeger, 799 Friedrichshafen, Erlangenweg 3/9  
Telefon 3638, Postcheckkonto Stuttgart 960 19  
Redaktion: Gerd Siebert, 205 Hamburg 80, Hornacker Ring 31, Tel. 7 38 58 28

Für den Inhalt der Briefe kann keine Verantwortung übernommen werden bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch  
Druck: Max Kristeller, Hamburg-Altona, Mitterstraße 9-11  
Einzelpreis 0,75 DM; Halbjahres-Abonnement 3,50 DM plus 0,90 DM Zustellgebühr  
Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet